Nr. 451

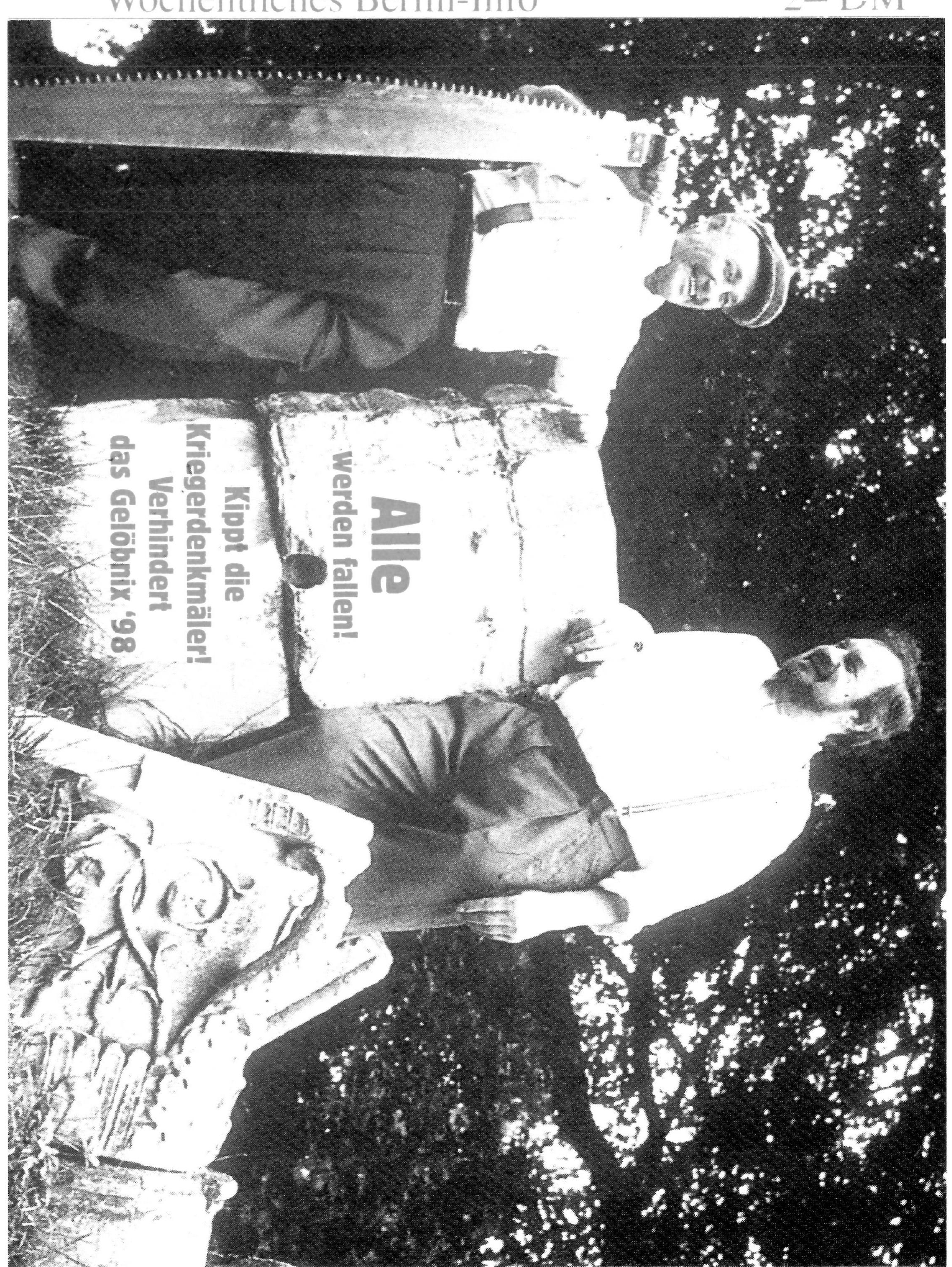
INTERIM

28. Mai 1998

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM



Hallo,
dies ist die letzte Ausgabe vor dem Gelöbnix und den Innenstadtaktionstagen. Wir sehen uns hoffentlich alle am 10.6. vor dem Roten Rathaus, um der Propagandashow was entgegenzusetzen. Wenn Schöhnbohms Schergen unseren Widerstand vor Ort niederknüppeln, sollten wir flexibel sein - damals in Bremen und Hannover spielte sich der Tanz auch nicht unmittelbar am Gelöbnisort ab.

Den Innenstadtaktionstagen wünschen wir auf jeden Fall eine größere Beteiligung als letztes Jahr. Auch bei dieser Thematik ist die Vermittlung, daß auch wir alle gemeint sind, noch nicht bei allen angekommen. Neue Arten von Repression, Vertreibung, Überwachung etc. fängt eben nicht flächendeckend an, sondern bei denen, die sich (vermeintlich) am wenigsten wehren können...

Fragen an die GenossInnen, welche sich mit einer "Schachfigur" an einen SPIEGEL-Tisch gesetzt haben, gibts mehrere: Seit wann treten Autonome in einen Dialog mit der Macht ein? Was habt Ihr Euch davon versprochen? Politische Anerkennung als Bewegung oder Befriedigung individueller Bedürfnisse? Glaubt Ihr das transportiert zu haben, was Ihr wolltet (was immer es auch war)? Habt Ihr Eure Entscheidung zur Teilnahme vorher mit GenossInnen diskutiert?

Diesen Montag ist ein 1. Mai Gefangener zu 18 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt worden. Es ist zu befürchten, daß dieses Terrorurteil nicht das Einzige in diesem Zusammenhang bleibt - unsere Grüße gehen an die Gefangenen, die alle raus müssen, aber subito!

Inhaltsverzeichnis

Ordnerliste

Presseerklärung zu Prozeß gegen AntifaschistInnen in Stuttgart
Antifa-Demo gegen NPD/JN in Langweda (Nachbereitung)
Linksradikale Drogenpolitik
Resolution zu Isaac Velasco
Nazi-Presse aus dem Internet
Irrenoffensive: Foucaulttribunal
RAF - Warum nicht mal ein anderer Diskusionsansatz
AIZ-Prozeßbericht

Veranstaltungen im Rahmen der Pfingstuni
- Rechtlos auf Arbeit
- Migranten und Krankheit
- Wie das Recht Ausländer zu Fremdkörper macht
- Go West

Soliparty von der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen - Tanzen querbeet von Latin bis HipHop, Infos + Überraschungen
Sa. 13.06. 22:00
in der SFE (Mehringhof, Gneisenaustr.2a)

Impressum:
Herausgeberin: Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: s.o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag

Liebe interims,
wir möchten Euch bitten, Euere Veröffentlichungspraxis öffentlich zu erklären: Wie kommen die einen Artikel bei Euch ins Heft, andere in den Ordner und dritte nirgends wohin? Wie kommen die einen Artikel, dies' geschafft haben an den Anfang oder auf eine rechte Seite; wie kommen die einen Artikel in 13 pt Schrift und die anderen verkleinert?

Als Antwort wünschen wir uns weniger alte Beschlüsse der Interims zum Thema, als vielmehr eine Schilderung des konkreten Verfahrens und seiner Kriterien.

Wir hielten es für sinnvoll, wenn Ihr Euch dazu erklärtet, da wir einschätzen, daß für viele, die auch ein bisschen interim sind, oder es zu sein zumindest versuchen, indem sie was zu Euch schicken, der Umgang mit Euch einfacher fiele, wenn sie vorher wüßten, worauf sie sich da einlassen.

Infoladen Daneben
Liebigstraße 34
10247 Berlin
Daneben@omega.berlinet.de

hierorts, den 21. Mai 1998

P.S.: In den letzten Monaten kam der Ordner sehr unregelmäßig. Bspw. die Infos zu dem besetzten Haus in Prag hätten ja schon aktuell greifbar sein müssen. Wird der Ordner in absehbarer Zeit regelmäßig kommen können?

Lieber Infoladen Daneben,
als heutige Redaktion wollen wir auf die Anfrage eingehen, wohl wissend daß andere autonome Redaktionen auch andere Kriterine haben können.
Von daher können wir keinen repräsentativen Kriterienkatalog liefern, wollen Euch unseren speziellen aber auch nicht vorenthalten.
Sicherlich hat bei uns der aktuelle, aktionsorientierte Bezug einen gewissen Vorrang. D.h., Ankündigungen von Demos und anderen AKtionen, Dokumentationen von Aktivitäten der "autonomen" Szene und brandaktuelle allgemeine Infos haben gegenüber längeren Theorietexten einfach aus Aktualitätsgründen bessere Karten.

Der 2-Wochen-Rhytmus verschärft die Diskrepanz weiter, da eine Menge mehr aktuelle Ankündigungen einlaufen und die theoretischen Diskussionspapiere weiter in den Hintergrund drängen. Wir bedauern dies selbst, sehen im Moment aber keine andere Möglichkeit. Als Kompromiß erscheinen ja ab und an Sondernummern zu bestimmten Schwerpunktthemen.

Unser Vorgehen beim Plazieren der Texte folgt einer recht banalen Regel: vorne Berlin aktuell, hinten die Termine, alles dazwischen versuchsweise zu Themenblöcken geordnet, was eben manchmal so seine Sachzwänge mit sich bringt.

Allgemein heißt das für uns: nicht alles, was im Ordner landet, finden wir uninteressant, oft ist es einfach dem Platzmangel geschuldet. Andererseits gibt es auch bei uns Ausschlußkriterien. So hatten für uns z.B. AIZ-Papiere ab einem bestimmten Zeitpunkt einen politisch so absurden Charakter, daß wir sie ausschließlich im Ordner ablegten, gerade mal mit Doku-Charakter.

Ein vor Sexismus triefendes Papier würde dagegen nicht mal diese Hürde nehmen und mit dem Papierkorb Bekanntschaft machen.

und wird von uns auch nicht weiter kommentiert. Schließlich gibt es auch noch die Fälle, daß nach Redaktionsschluß eingegangene Texte 2 Wochen später veraltet sind und deswegen nicht mehr reinkommen; und , auch das kommt vor: Texte kommen einfach nicht bei uns an
Wie Ihr merkt, hat die gesamte Liste der Kriterien einen subjektiven Charakter und braucht das Regulativ durch die anderen Redaktionen und deren Veröffentlichungskriterien. Nur über diese informellen Regularien entsteht so etwas wie der Versuch eines Projektes der Diskussion mit seinen Vorteilen und seinen Mängeln.

Eure Red.

Während in Berlin im Namen der ‚Hauptstadtfähigkeit' die letzten besetzten Häuser geräumt und Wagenburgen verdrängt werden, versuchen private und öffentliche Sicherheitskräfte den ‚ungestörten Konsum' in Bahnhöfen und Einkaufszonen sicherzustellen. 224.000 Platz- und Hausverweise allein im letzten Jahr demonstrieren, wie umfangreich organisierte Geschäftsleute und Sicherheitskräfte Gruppen definieren, denen die Innenstädte streitig gemacht werden sollen.
Während Innenminister Kanther über die ‚Aktion Sicherheitsnetz' die nationale Grenze faktisch in die Innenstädte verlegt und dort Bundesgrenzschutz patrouillieren läßt, fordert die CDU in den Innenstadtbezirken ‚Zuzugssperren' für MigrantInnen. Da selbst die höchste Polizeidichte der Bundesrepublik und eine ständig steigende Zahl privater Sicherheitskräfte nicht ausreichend erscheinen, sollen ‚normale BürgerInnen' in Präventionsräten für kleinräumige Kontrolle und Denunziation sorgen.

Das sind Gründe genug, um auch 1998 ein überregionales Bündnis gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung zu schmieden und in der ersten Juniwoche 2.6.-7.6.98 eine weitere Innenstadtaktionswoche durchzuführen.

„Die besten Lagen (in den Innenstädten werden) drastisch demontiert, indem dort sogenannte urbane Exoten, wie Obdachlose, Bettler, Punker und Drogenabhängige im Pulk ihr Lager aufschlagen und über aggressives Betteln, Anpöbeln und Drogenexzesse die Passanten aus den Innenstädten vertreiben." *(Hartmut M. Krämer, Präsident der BAG der Mittel- und Großbetriebe, zit. n. Süddeutsche Zeitung, 28.7.96)*

Gegen die revanchistische Stadt

Im Juni 1997 fand in über 20 Städten in Deutschland, Österreich und der Schweiz die ‚Innen!Stadt!Aktion gegen Ausgrenzung, Privatisierung und Sicherheitswahn' statt. Mit dieser Aktionswoche wurde der Versuch unternommen, Prozesse wie die Privatisierung von Konsumzonen, der Boom privater Sicherheitsdienste und die Vertreibung mutmaßlicher Nicht-KonsumentInnen aus den Innenstädten zu thematisieren und anzugreifen. Das Ziel besteht darin,

- den Konsens unter den sich als normal verstehenden Bürgern zu stören, wonach öffentliche Räume nicht mehr für alle, sondern nur für eine „attraktive Öffentlichkeit" zugänglich sein sollen.
- Es sollen diejenigen angesprochen und unterstützt werden, die nicht wollen, daß Razzien, Mißhandlungen und einschüchternde Präsenz von Polizei und Sicherheitsdiensten zur neuen städtischen Realität gehören.
- Deutlich werden soll, daß die Zurichtung der Stadt nach profitorientierten Gesichtspunkten, die Ablösung von Sozial- durch Ordnungspolitik und die Ausgrenzung ausgemachter Bevölkerungsgruppen nicht einfach bedauerliche Einzelaspekte sind, sondern in einem stadtpolitischen Zusammenhang stehen.
- Nicht zuletzt soll ein überregionaler und kontinuierlicher Wider-stand gegen diese Strategien aufbaut werden.

Auf der Basis der unterschiedlichsten Initiativen - das Spektrum reichte von Antifa- und antirassistischen Gruppen, feministischen Projekten, sozialen (selbstorganisierten) Initiativen, SozialwissenschaftlerInnen bis in den Kunstbereich - stellte die Innen!Stadt!Aktion gleichzeitig den Versuch dar, neue Bündnisse zu bilden. Durch eine überregionale Koordination sollten nicht allein die Bündelung von Kräften sowie eine größere Aufmerksamkeit erreicht, sondern vor allem die strukturelle Ähnlichkeit dieser Prozesse in den verschiedenen Städten hervorgehoben werden. Mit der weitgehend lokalen Organisierung der Aktionen wird die jeweilige Unterschiedlichkeit der örtlichen Bedingungen betont und die Zusammenarbeit mit anderen lokalen Initiativen ermöglicht.

Umkämpfte Räume

In den Städten findet zur Zeit in einem rasanten Tempo die Aufgabe sozialpolitisch ausgleichender Maßnahmen zugunsten investophiler Politik statt. In der Folge verschärft sich die gesellschaftliche Spaltung, wobei immer mehr Menschen aus dem neoliberalen Leistungsmodell und den Vorstellungen vom ‚Normalbürger' herausfallen. Indem die ökonomische und soziale Krise als eine Krise der Werte und Normen („Verwahrlosung", „Jugendbanden", „organisierte Kriminalität", etc.) dargestellt wird, werden hieraus gesellschaftspolitische und staatliche Eingriffsmöglichkeiten gefolgert. Die Sicherheitskampagnen stärken und instrumentalisieren ‚subjektive Kriminalitätsängste'.
Verschiedene Formen der Kontroll- und Ausgrenzungsstrategien dominieren den Umbau der Städte:

- Dienstleistungscenter und Einkaufspassagen werden als exklusive Inseln von einer „feindlichen Außenwelt" abgeschirmt. Durch entsprechende elektronische und bauliche Absicherungen sowie private Sicherheitsdienste können vorbeugend unerwünschte Gruppen und Ereignisse ferngehalten werden. Im Inneren findet die Kontrolle der Besucherströme unterschwellig durch Raumgestaltung und Videoüberwachung statt. Bei Normabweichungen werden Betroffene mit Verweis auf das Hausrecht zur Verhaltenskorrektur aufgefordert bzw. gewaltsam hinausgeworfen.
- Umkämpfte Territorien bleiben Fußgängerzonen, Bahnhöfe und sogenannte „Gefährliche Orte". Hier arbeitet die Polizei mittlerweile Hand in Hand mit privaten Sicherheitsdiensten bei Drogenazzien, bei der rassistisch motivierten Kriminalisierung, beim Aussprechen von Bettelverboten und Vertreibung. All diejenigen, die nach der herrschenden Meinung das konsumfreundliche Ambiente stören, sollen aus dem Innenstadtbild verschwinden.
- Zuletzt findet eine repressive Absicherung der Räume statt, in die die Klasse der als nicht ‚gesellschaftsfähig' erklärten Menschen zurückgedrängt und eingesperrt werden. Dazu gehört die Verbannung von Wagenburgen genauso wie die Verbringung von kriminalisierten Jugendlichen in geschlossene Anstalten und die Abschiebung von MigrantInnen hinter die Nationalgrenzen. „Kerngesellschaft", „Kernbelegschaft" wie „Kerneuropa" bilden sich hierbei in der Hierachisie-rung der innerstädtischen Räume ab, welche nach außen abgrenzen und nach innen hin identitätsstiftend wirken sollen.

Resozialisierung der Bahn

Die fortschreitende repressive Politik und die eskalierenden Sicher-heitskampagnen, die die soziale Spaltung in den Städte zementieren, machen es aus unserer Sicht notwendig, vom 2. bis 7. Juni 98 erneut eine überregionale Innen!Stadt!Aktionswoche durchführen.
Ein zentraler Ort für die Aktionen sollen diesmal Bahn und Bahnhöfe sein. Bei der Neuordnung öffentlicher Räume spielt die Deutsche Bahn AG eine wichtige Rolle. Diesem vormals staatlichen Unternehmen gehören in allen Städten der Bundesrepublik enorme Flächen in überwiegend zentralen Lagen, die nun durch eine eigens gegründete Immobiliengesellschaft vermarktet werden. Zugleich werden die Verkehrsstationen zu Shopping Malls und Dienstleistungszentren umgebaut. Damit geraten auch die Bahnhöfe sowie deren Vorplätze - bislang notwendige Rückzugsräume für ausgegrenzte Gruppen - verstärkt ins Fadenkreuz von Kontrollstrategien. Das Aufwertungsszenario stützt sich dabei auf das sogenannte ‚3-S-Konzept' (Service, Sicherheit, Sauberkeit').
Durch gezielte Vertreibungen, die sowohl in den Bahnhöfen selbst als auch im weiteren Umfeld stattfinden, werden die Bahnhöfe den unterschiedlichen Submilieus streitig gemacht. Darüber erweisen sich die Bahnhöfe zunehmend als polizeilicher Aktionsraum, um die ohnehin schon begrenzte Bewegungsfreiheit von Illegalisierten weiter einzugrenzen. In allen mittleren wie größeren Stadt sind die Bahnhöfe so zu Brennpunkten der Kontroll- und Sicherheitsstrategien geworden. Hierbei arbeiten auf der Basis neuer Sicherheitskonzepte (‚Aktion Sicherheitsnetz') Bundesgrenzschutz, lokale Polizei, öffentlicher Nahverkehr und privatwirtschaftliche Security Hand in Hand.
Gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung in den In-nenstädten ist unserer Meinung ein breites Bündnis unterschiedlicher Initiativen notwendig. Zur Vorbereitung und Durchführung der Innen!Stadt!Aktionswoche laden wir deshalb interessierte Gruppen und Einzelpersonen ein.

SPECIAL BahnAttack
INNEN STADT AKTION! 98
2.-7. JUNI

gegen Privatisierung Sicherheitswahn Ausgrenzung

Samstag 30.5 Auftakte
- 11.00 **Soziales Frühstück** vor dem roten Rathaus (Klondike) 'Machtfragen des Urbanen' Themenschwerpunkt Volksuni 'Ausgrenzung 2000' (HdK, Hardenbergstr.33):
- 15.00 **'Festung Stadt** - Stadtentwicklung zwischen Standortpolitik, Sicherheitskampagnen und Privatisierung' (Spacelab)
- 17.00 **Umkämpfte Räume** (VertreterInnen der Innenstadtaktion/Berlin)

Dienstag 2.6.
- **Spaßdemo** gegen Demoverbote
- 18.00 **„Demonstrationsrecht“** - Diskussionsveranstaltung, Rosa-Luxemburg-Str.19, Räume der JD/JL
- 19.00 **Intro** der Innen!Stadt!Aktion!98 und
- Eröffnung **„OAP - oder andere Probleme“** (Freies Fach) OG Berlin-Carré, Karl-Liebknecht-Str.13

Mittwoch 3.6. Alexanderplatz
- 14.00 Stadtrundgang zum **Planwerk Innenstadt,** Weltzeituhr
- 15.00 **Entern** öffentlicher Plätze
- 16.00 **'Steinschlag TV'** Live-Aufzeichnung auf dem Alex vorm Bahnhof
- **'Subjektives Sicherheitsempfinden:** Therapie der paranoiden Massen'
- 'Peters Parzellen-Rampe' - **Verkauf von Claims der Bonanza Alex**
- 21.00 **'Steinschlag TV'** Ausstrahlung Offener Kanal Kabel Sk8 - gemeinsam fernsehen: Buchhandlung, Tucholskystr.32

Do 4.6. Bahnhof Friedrichstraße
- 16.00 **'Sicher & sauber** zum Glanz der Metropole' Treffpunkt Bhf Friedrichstraße Frauen bringt Putzwerkzeug mit!
- 17.00 **Speakers Corner** mit Lesungen bekannter VertreterInnen der inneren Sicherheit vor Dussmanns Kulturbude
- **ZeigDich**: die Deiner-Tour
- 19.00 **Heimliche Menschen** - als Flüchtling illegal in Deutschland (Regie: B. Rotermund) + Referentin von Sol Latina (Mehringhof/SfE)
- 19.00 Veranstaltung zu: **Militarisierung des öffentlichen Raums** Rosa-Luxemburg-Str.19, Räume der JD/JL
- 20.30 **Juristische Körper** (dogfilm): Über den Paß als Ausdruck einer Definitionsmacht, die bestimmt, wer deutsch ist oder illegal (Mehringhof/SfE)
- 21.30 **Varieté** in der Wagenplatz Schwarzer Kanal (Schillingbrücke)

Fr 5.6. Bahnhof Zoo
„Euer ServiceSicherheitsSauberkeitsprogramm kotzt uns an“
- 14.00 Erstmalige **Vorstellung des personengebundenen Gesichtsprofilerkennungssystems** GEPES, Breitscheidplatz
- 15.00 **Picknick für Millionen** - Essen, Trinken, Koffer mitbringen
- **Konsumstau**
- **Resozialisierung der Bahn**
- **Klassenfahrt**
- 19.00 **'Wem gehört die Stadt?'** Berlin - laut, billig, international!, Diskussionsrunde mit E. Seidel-Pielen, InnenStadtAktion/Berlin u.a., Oranienstr. 54/55/Moritzplatz
- 19.00 **„secret slave“** (Kalayaan - justice for domestic workers) Dokumentarfilm über die Situation einer Immigrantin als Hausangestellte in London + Referentin Susanne Schultz (Mehringhof/SfE)
- 21.00 **„Müde Weggefährten“** (BRD/Kroation 1996, Regie: Zoran Solomun), Film über die Situation eines bosnischen Flüchtlings in Deutschland (Mehringhof/SfE)

Samstag 6.6.
- 11.00 Rotes Rathaus: **Spaßgelöbnis** gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste + Militär, Rotes Rathaus
- 14.00 **'Innerstädtischer Minenstreifen zur Sicherung des Regierungsviertels' - 1. Bauabschnitt** Tiergarten, John-Foster-Dulles-Allee Nähe Tempodrom
- 20.00 **'Mach meinen Dealer nicht an'** Größenwahn, Kinzigstr. 9, F'hain

Sonntag 7.6.
- 16.00 **...sprengt doch den Rasen!** Diskussion arm.reich.ghetto.festung, Hagenplatz (S-Bahn Grunewald)
- ab 19.00 **Chill Out, Grill Inn**: Wagenplatz am Kinderbauernhof, Bethaniendamm
- 21.00 Wdh **'Steinschlag TV'** Offener Kanal

Stadt für alle
Berlin - laut billig international

JA, STÖREN!

Gegen das Bundeswehrgelöbniss vor dem Roten Rathaus am 10. 6. 1998


Großer Zapfenstreich der Bundeswehr, September 1994



12.30
Marx-Engels-Forum

15.00

VERANSTALTUNGEN

6.6. 11.00
Rotes Rathaus,
öffentliches Spaß-Gelöbnis

8.6. 19.00 EX,
Proteste 1980 in Bremen gegen das Gelöbnis

9.6. 17.00
Rotes Rathaus,
Arbeitslosengelöbnis

UnterstützerInnen: AJF, AGiP, AIM, Anti-Atom-Plenum, Antifaschistische Aktion Berlin, Anti-Nato-Gruppe, J.A.F., JungdemokratInnen/Junge Linke, Kampagne gegen Wehrpflicht, Linke Liste HU

Ja, Stören!
Zur Hölle mit dem Gelöbnis

Nach der mißglückten Premiere vor dem Charlottenburger Schloß im Mai 1996 versucht die Bundeswehr nun wieder, ein Gelöbnis in Berlin durchzuführen. Die Berliner Bevölkerung soll ihre Solidarität mit der Armee demonstrieren, meint Rühe. Wir sagen: Geschenkt! Wir pfeifen auf deutsches Militär und deutsche Interessen und werden das auch beim öffentlichen Gelöbnis am 10. Juni vor dem Roten Rathaus tun.

A look back in anger

Noch 1994 erklärte der damalige Generalinspektor der Bundeswehr, Naumann, die dringlichste Aufgabe der Politik sei es nunmehr, eine ausreichend große gesellschaftliche Akzeptanz für die Bundeswehr und ihre neuen Aufgaben, aber auch ein "gesundes Maß an Patriotismus" zu schaffen. Nur auf dieser Basis könne die BRD ein "geachteter und respektierter Partner" werden, der "auch fern der Heimat versucht, Krisen von seinem Land fernzuhalten", wie es "ähnlich in diesem Jahrhundert nur zweimal vor 1945" geschehen sei - nämlich bei der Niederschlagung des "Boxeraufstands" in China 1900 sowie des Herero-Aufstands im damaligen Deutsch-Südwestafrika 1904.

Seit dieser hochoffiziellen Zielvorgabe - einer militärisch gestützten, modernisierten imperialistischen Großmachtpolitik - ist nicht nur einiges Wasser die Oder hinabgeflossen, sondern auch einiges geschehen. Der schleichende Wandel der BRD zur auch militärisch wieder aktionsfähigen Hegemonialmacht fand nach einer Reihe logistischer Unterstützungseinsätze in der Beteiligung an der NATO-Intervention in Jugoslawien 1995 seinen vorläufigen Höhepunkt. Die Teilnahme der BRD an weltweiten Kampfeinsätzen ist seitdem prinzipiell immer drin; das zeigt nicht nur die verfassungsrechtliche Sanktionierung, sondern auch der kürzlich vom bündnisgrünen Bundesvorstand gefaßte Beschluß, der Verlängerung der Bundeswehr-Stationierung in Ex-Jugoslawien zuzustimmen und und sich noch selbst für die halbherzige anfängliche Ablehnung dieses Projekts zu dissen.

Eben diese Regierungsfähigkeits-Demonstrationen Ex-Linker bringen zudem deutlich zum Ausdruck, daß die diesen Prozeß begleitende 'Bundeswehr juchee'-Kampagne durchaus erfolgreich war. Durch jährlich neue Werbekampagnen, vermehrte Fischzüge an den Schulen und nun auch in der taz, besonders aber durch die erfolgreiche Abwehrschlacht gegen die Hochwasserinvasion gelang es mit eifriger Schützenhilfe menschenrechtelnder Ex-Linker, die zu (fast) allem bereite Gefolgschaft von Staat, Vaterland und Bundeswehr erheblich zu verbreitern.

Gelöbnisoffensive '98 - die Nation feiert sich selbst

Um den neuen Konsens zu stabilisieren und auszuweiten, findet dieses Jahr zudem noch eine großangelegte bundesweite Gelöbnisoffensive statt, in deren Rahmen in über 180 Städten öffentlich gelobt wird. Welche Bedeutung dieser Kampagne beigemessen wird, zeigen allein schon die hektischen Bundestagsdebatten nach der Absage aus Frankfurt(Oder), die in lärmenden Verratsvorwürfen an "einige linke Stadträte" gipfelten, die, so Rühe, die solidarische Beziehung zwischen Bevölkerung und Oderflut-Helfern zerstörten und "unsere Soldaten" beleidigten. Nach weiteren Absagen u.a. Hamburgs und Bremens stellt das Gelöbnis vor dem Roten Rathaus den Höhepunkt der Kampagne dar. Einen besonderen Stellenwert hat es allein schon deshalb, weil es erst die zweite derartige Veranstaltung in Berlin ist. Nachdem Westberlin bis 1990 für die Bundeswehr tabu war und der erste Versuch vor zwei Jahren eher kläglich scheiterte, soll es halt nun im zweiten Anlauf klappen. Desweiteren ist Berlin aber auch nicht irgendeine Stadt, erst recht nicht, so Schönbohm, "Hauptstadt der Wehrdienstverweigerer..., sondern ...die Hauptstadt der Deutschen". Und so feiern im Jahr 10 nach dem Mauerfall nun Bundeswehr und SpitzenpolitikerInnen incl. Kohl und Rühe beim Gelöbnis den Sieg im kalten Krieg und 'Deutschland, einig Vaterland'. Deshalb und eben nicht primär aus wahltaktischen Gründen wurde die ganze Kampagne organisiert und mit dem 13. August anfänglich der Tag des Mauerbaus als Veranstaltungsdate gehypt.

Auf der Suche nach dem 'historisch unbelasteten Datum'

Nun hat aber in Berlin nicht nur Antimilitarismus, sondern auch ein hilfloser Pazifismus eine gewisse Tradition. So kam, was kommen mußte. Aus unterschiedlichen Ecken ertönten unterschiedliche Gegenstimmen, um den Vorgang kritisch zu begleiten. Einige begannen, wie in solchen Fällen üblich, einen unverbindlichen Humanismus zu predigen, entdeckten im Militär das Grundübel der Weltgeschichte, schmissen umstandslos Bundeswehr, NS-Wehrmacht, Rote Armee und Guerillas in einen Topf, rührten kräftig durch und variierten mit ihrem analytischen Hausmacher-Eintopf die Inschrift der Neuen Wache.

Demgegenüber betätigte sich die SPD als Vorhut der konstruktiven Terminplaner und empörte sich vor allem über die Idee, durch ein Gelöbnis ausgerechnet am 13.8. die Bundeswehr mit dem Ende von Mauer und DDR zu verbinden, um sie so zum Garanten von nationaler Freiheit und Einheit zu stilisieren. Zu nah an der Wahl sei das und überhaupt stelle man sich ja so in die Tradition der Paraden von NVA und Betriebskampfgruppen. So wurde das Gelöbnis schließlich auf ein vermeintlich "historisch unbelastetes Datum" verlegt, den 10. Juni, seinerseits nebenbei Jahrestag der Wehrmacht-Massaker in Lidice 1942 sowie in Oradour-sur-Glane und Distomon 1944. Für niemanden in der SPD aber ein Grund, das Spektakel nochmal verschieben zu wollen. Wohin auch? In der Geschichte der "Deutschen" gibt es schlichtweg kein historisch unbelastetes Datum mehr. Deutsches Militär feiern heißt immer, auf den Knochen unzähliger Opfer der Vorläuferorganisationen der Bundeswehr zu tanzen.

Widerstand '98 - Tanzen gegen das Militär

Irgendwie kritischer, vor allem aber bunter hopst eine weitere Strömung innerhalb des breiten Berliner Anti-Gelöbnis-Widerstands daher. Ihr Motto: "Wir wollen tanzen, nicht marschieren, lustig sein und nicht gehorchen" (krepieren hätte sich wenigstens gereimt). Den gequält-ulkigen Parolen entspricht hier das Niveau der Kritik. Sie beschränkt sich weitgehend darauf, die "Militarisierung des öffentlichen Raumes" anzuprangern, also ganz banal über die bloße Präsenz von Soldaten auf den Straßen zu jammern. Das Gelöbnis selbst wird als ein überholtes, sinnentleertes Ritual betrachtet, das in unserer seit '68 so gründlich zivilisierten Republik nichts zu suchen habe, als "militärisches Zeremoniell aus vordemokratischer Zeit" vielmehr dem "zivilen Grundverständnis unserer Gesellschaft" widerspräche. Da bleibt nicht nur die Frage offen, auf welcher Tanzfläche ihnen denn dieser Konsens bloß über den Weg gelaufen sein könnte.

Nun mag derartiges dem Wunschtraum der neuen, aufstrebenden, alternativ angehauchten Funktionseliten, die ja das Gros der bündnisgrünen Wählerschaft bilden, nach einem schön bunten, entschlackten Kapitalismus durchaus entsprechen. Und bei einer Partei, in der nicht nur zunehmend größere Kreise die NATO gerade ebenso lieb gewinnen wie Antje Vollmer einst den Bundestag, sondern sich auch einzelne Mitglieder allen Ernstes hinstellen und "die Linken" dazu auffordern, nun massenhaft in die Bundeswehr zu gehen, um dieses letzte Bollwerk der Muffigkeit jetzt auch noch so richtig zu zivilisieren, ist eigentlich auch nicht mehr zu erwarten. Aber daß neben der blödsinnigen, weil in der Freizeit selbst beim Bund schon umsetzbaren Forderung vom "tanzen-und-lustig-sein-wollen" auch noch von der "besonderen deutschen Verantwortung für Frieden und Abrüstung" gefaselt wird, ist nicht allein ärgerlich. Das zeigt vielmehr auch, was hier demnächst vielleicht nicht Programm, aber Praxis sein wird: die Forderung nach einer schönen, kleinen, bunten Truppe abends Ringelpietz tanzender Soldaten unter der Ägide netter, kreativer ModernisiererInnen, die ab und an mal gegen irgendwo entdeckte Bösartigkeiten zu Felde ziehen.

Militarisierung und Nationalisierung

Ganz falsch ist die Rede von der Militarisierung des öffentlichen Raums allerdings nicht, vorausgesetzt, die Problematik wird etwas verschoben und der inzwischen fast obligatorische linke Populismus aufgegeben. Von den gegenwärtigen Normalisierungs- und Vertreibungsprozessen in Berlin hat jedes Kleinkind schon gehört. Doch diese den sogenannten Wiedereinzug des Bürgertums in die Stadtzentren begleitenden Entwicklungen sind nur eine Seite eines umfassenderen Prozesses, der nicht nur eine Privatisierung und Inwertsetzung von Räumen darstellt. So werden, während Schöhnbohm und Co wie

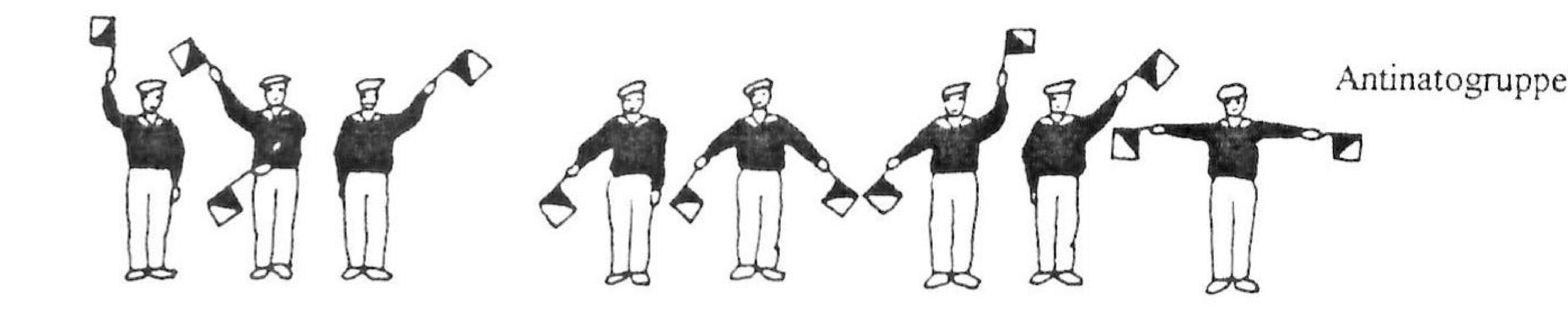
SPD-Strieders Stadtplaner-Crew die Straßen Berlins von "Dreck und Gesindel" zu säubern versuchen, zugleich alle möglichen Räume mit nationalen Symbolen und Militaria zugestellt. Friedrich II. wird restauriert, die Gedenkstätten der Roten Armee verrotten. Der Palast der Republik soll der wilhelminischen Schloßfassade weichen. Das historische Berlin hat Hochkonjunktur, und so wurde beim Versuch, eine historisierende Steinfassade für die Akademie der Künste durchzusetzen, gar der Nachlaß des Komponisten Schönberg verspielt. Der Einsatz ist hoch, aber es geht ja schließlich um viel, nämlich, wie es die StadtplanerInnen formulieren, um "staatliche Repräsentation", um "Ent- und Remythologisierung", um "ein Wiedereintauchen in die Geschichte", um "Selbstbewußtsein und Identifikation mit dem Gemeinwesen", sprich um die Identität, die Selbstdefinition der Menschen, die in diesem Land hausen. Die sollen sich als je nach Standpunkt mehr oder minder bunte, vor allem aber ordentliche, leistungsbereite Deutsche begreifen. Schließlich könne allein die Nation, wie Schäuble mal den Soziologenpapst Max Weber paraphrasierte, die innere Bereitschaft dafür wecken, sich selbstlos und solidarisch für das Gemeinwesen einzusetzen, also Deregulierung zu akzeptieren und im Frühtau mit Pauken und Trompeten zu Felde zu ziehen. Durch die Neuauffüllung des öffentlichen Raumes mit steinernen Generälen, preußelnden Fassaden und allerlei Bundeswehr-Happenings wird also versucht, das kollektive Gedächtnis neu zu füllen und Traditionen zu stiften, mit denen sich nicht nur gut leben, sondern notfalls auch gut, d.h. im Bewußtsein eines höheren Sinns, schießen läßt. Nation-Sein, Dienen für's Vaterland, das soll wieder alltäglich gelebt werden. Das Gelöbnis ist ein zentrales Event bei dieser alltäglichen Militarisierung und Nationalisierung von Räumen und Köpfen.

Neue Bundeswehr

Nur schießen wofür? Trotz allem Gewäsch von Menschenrechten sowie der perfiden Behauptung, gerade wegen Auschwitz hätten "wir" eine besondere Verantwortung für den Lauf der Welt und müßten somit "unsere" Truppen überall Krisen managen lassen, geht es hier vor allem um die "vitalen Sicherheitsinteressen Deutschlands". Diese bestehen nunmal, wie es auch in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 steht, u.a. in der "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt", aber auch in der "Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse". Eine starke, global einsetzbare Bundeswehr ist und bleibt daher die Basis dafür, im Ernstfall ganz handfeste ökonomische und politische Interessen notfalls auch 'gewaltförmig' verfolgen zu können. Auf ihr beruht jedoch zugleich auch der außenpolitische Spielraum der BRD und ihre Stellung in der internationalen Hackordnung. Ohne eine allzeit einsatzbereite Armee kann es nur in sehr beschränktem Maße gelingen, die eigenen Interessen als diejenigen internationaler Staatengemeinschaften wie bspw. der NATO zu definieren, um dann deren politisches und militärisches Potential für's eigene Wohl zu instrumentalisieren. Und ohne einer für's Krisenmanagement fit gespritzen Bundeswehr wird es ebensowenig gelingen, die eigenen Ziele im europäischen Einigungsprozeß durchzusetzen und sich Macht- und Einflußpositionen für die Zukunft zu sichern. Oder gar dauerhaft und weltweit die für die BRD günstigen allgemeinen Geschäftsbedingungen 'gewaltlos' aufrechtzuerhalten. Deutsche Interessen, deutsche Gestaltungskraft - um solche Ziele ereichen zu können, wird die Bundeswehr seit 1990 rundum erneuert und zur global aktionsfähigen Interventionsarmme umstrukturiert. Und für die dahinter stehenden, gar nicht so neuen deutschen Großmachtambitionen wird dieses Jahr in Berlin wie andernorts getrommelt.

Letzte Bastion des Patriarchats?

Ausgehend von der Halluzination eines ominösen 'zivilen Grundkonsenses' bleibt jeder Protest gegen das Gelöbnis ziemlich zahnlos und fest dem Hier und Jetzt verpflichtet. Es bleibt nur die Alternative, entweder gegen irgendwelche vormodernen Relikte anrennen zu wollen oder sich, eventuell in der Hoffnung auf breite Beteiligung, an irgendwelchen Skandalen abzuarbeiten, grundlegendere Verhältnisse aber auszublenden. Wenn schon Grundkonsense konstruiert werden, dann gilt es, diese als nationale und, was auch hier leider zu kurz kommt, patriarchale zu begreifen. An dessen Reproduktion ist die Bundeswehr wiederum beteiligt. Die patriarchale Zurichtung von Männern beim Bund, das öffentliche Abfeiern soldatischer Männer und Tugenden wie Härte, Disziplin usw. verlängert und verstärkt nur die entsprechende Sozialisation in Familie und Schule. Sind in der Bundeswehr solche Verhaltensmuster Bedingung für die Schlagkraft der Truppe, so dienen sie in der zivilen Gesellschaft



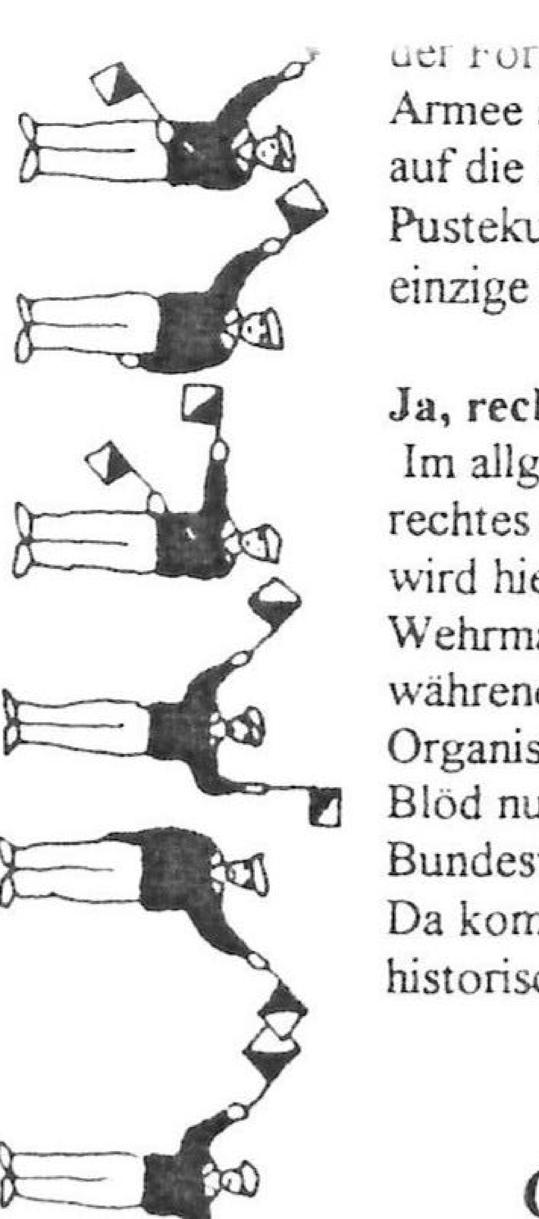


der Fortschreibung des Herrschaftsverhältnisses zwischen Männern und Frauen. Und nur wer glaubt, die Armee sei die letzte Bastion des Patriarchats, der kommt wie einige alternative ModernisiererInnen auch auf die Idee, das 'letzte Berufsverbot für Frauen' einreissen zu müssen. Frauen in die Armee? Pustekuchen! Auch Soldatinnen sind Mörderinnen. Und die Abschaffung der Bundeswehr bleibt die einzige Perspektive.

Ja, rechtsradikal!

Im allgemeinen gilt die Faustregel, daß da, wo getrost 'patriarchal' draufgeschrieben werden kann, rechtes auch überprozentual drin ist. Für die Bundeswehr trifft das natürlich auch zu. Nicht umsonst wird hier ja mehr oder minder unverholen an die Traditionen des preußischen Militarismus und der NS-Wehrmacht angeknüpft. Und so sammeln sich in den Kasernen die Nazis zur Ausbildung an der Waffe, während die oberen Chargen bei der Unterstützung der auch regierungsamtlich betriebenen Organisierung 'Volksdeutscher' wie im Fall der Roeder-Affäre schon mal über das Ziel hinausschießen. Blöd nur, daß die nicht abreißende Kette rassistischer "Einzelfälle" das mühsam aufgebaute Image der Bundeswehr als Deichbauerclub und humanitäre Heilsarmee wieder einzureißen droht. Aber was soll's. Da kommt die Gelöbnisoffensive ja gerade recht, um die allgemeine Aufmerksamkeit auf die eigenen historischen Leistungen, auf die aktuelle Größe und güldene Zukunft zu lenken.

Ohne uns!
Gegen Bundeswehr, deutsche Großmachtambitionen und nationale Halluzinationen - Laßt uns das Gelöbnis torpedieren!



Antinatogruppe

Demo am 10. Juni ab HU/August-Bebel Platz - 11.30 Uhr

Die Demo wird unterstützt von: Anti-Atom-Plenum, Antifaschistische Aktion Berlin, AOK, Antinatogruppe, AIM, AGIP, JungdemokratInnen/Junge Linke, Antifa-Jugendfront, Jugendantifa Friedrichshain, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Linke Liste HU

Technix:

Es geht um 11.30 Uhr mit einer Auftaktkundgebung los. Die Demo selbst soll kurz,aber entschlossen sein. Sie wird über Unter den Linden Richtung Rotes Rathaus gehen, die Abschlußkundgebung ist ca. um 13.30 Uhr zuende. Am Marx-Engels Forum gibt es zu dieser Zeit ein antimilitaristisches Fest mit Kultur und Polit-prominenz. Das Bundeswehrspektakel beginnt um 15.00 Uhr mit den üblichen Reden und endet mit der Gelöbniszeremonie. Um 16.00 Uhr ist schon alles vorbei, dann empfängt Diepgen die ganze Bande im Roten Rathaus.

Das Gelöbnis ist öffentlich, d.h. jedeR kann bei entsprechendem Outfit ganz vorne mit dabei sein. Laßt euch was einfallen!

Veranstaltungen im Vorfeld:

Mittwoch, 3.6., 19.00 Uhr, Humboldt-Uni: Die neue Bundeswehr und ihre neuen Freunde. Referenten: Ottfried Nassauer (Institut für Internationale Politik, Berlin), Lars Rensmann (Dipl. Pol., Berlin)

Freitag, 5.6., 19.00 Uhr, Humboldt-Uni: Veranstaltung zu den Wehrmacht-Massakern in Lidice, Oradour-sur-Glane, Distomon. ReferentInnen: Ahlrich Meyer (Politik-Prof. Oldenburg), Eberhard Rondholz (Rundfunkredakteur, Köln) und zwei Überlebende Frauen aus Lidice

Montag, 8.6., 20.00 Uhr, Ex: Berichte aus alten Zeiten. Gelöbnis und Widerstand in Bremen 1980. Ton- und Diavortrag mit Zeitzeugen

Dienstag, 9.6., 19.00 Uhr, Humboldt-Uni: Rechtsradikalismus in der Bundeswehr. Referent: Stefan Gose (ami

Abteilung VOLXSPORT



Denkmal-Sport statt Gelöbnis 98

Zwei der zahlreichen Kriegsdenkmäler in Berlin sehen seit dem 21.5., dem sogenannten "Herrentag", bunter und deformierter aus als vorher. Der Tag der besoffenen, sexistisch pöbelnden und pissenden deutschen HERREN-Menschen-Horden war uns Anlaß genug, der wiedererstarkenden deutschen Kriegsverherrlichung, die sich u.a. im öffentlichen Gelöbnis am 10.6. ausdrückt, mit Brecheisen und viel Farbe entgegenzutreten.

1. Dem Krieger des Denkmals in der Baerwaldstraße Ecke Urbanstraße in Kreuzberg haben wir seinen todbringenden Sinn, nämlich zu morden, auf den steinernen Leib gemalt - ein Skelett.
Schluss mit dem deutschen Herrenmenschentum!

2. Dem Kriegerdenkmal in Reinickendorf, Wiltingerstraße, wurde seine Bronzetafel geklaut und die vier Meter hohe Denkmalsanlage mit Sprüchen verziert. Das Denkmal wurde 1922 zu Ehren des deutschen Freikorps errichtet und trägt die menschenverachtende, militaristische Inschrift: "Dem Opfertode für die Freiheit und die Ehre seiner Nation ist keiner zu gut, wohl aber sind viele zu schlecht dazu."
Das Freikorps war an der Niederschlagung der Revolution 1918/19 und 1920 am Kapp-Putsch beteiligt, sowie für viele Fememorde an Linken in der Weimarer Republik verantwortlich.

Mit beiden Denkmälern wird den Täter der zwei Weltkriege "gedacht". Diese deutschen Denkmäler zu erhalten und zu pflegen heißt, sich auf ein Soldatentum zu beziehen, das für grausame Angriffskriege und Massenmorde steht - so ist dies Bestandteil der Traditionspflege der deutschen Bundeswehr.
Heutzutage wird natürlich versucht, ein zivileres Bild darzustellen, z.B. durch säckeschleppende olivgrüne "Helden". Doch es geht nach wie vor um die Akzeptanz einer Armee, die nationalstaatliche Interessen auch mit Gewalt vertritt.
Unabhängig von konkreter Kriegsvorbereitung dient die Bundeswehr jederzeit zur Disziplinierung: bedingungsloser Gehorsam, absolute Autoritätshörigkeit, Heldentum und Männerkumpanei sind die zweifelhaften "Werte", die den jungen Männern immer noch eingebleut werden.
Parallel dazu wird die Bevölkerung ständig auf potentiell militärische Auseinandersetzungen eingestimmt und an "unsere starke Truppe" gewöhnt - sei es durch die waffenverherrlichende Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) als auch das geplante öffentliche Rekrutengelöbnis am 10.6. vor dem Roten Rathaus.
Proteste und Gegenaktivitäten sollen diesmal räumlich so weit ins Abseits gedrängt werden, daß sie nicht - wie bei dem letzten Gelöbnis 1996 vor dem Schloß Charlottenburg - das Gelöbnis lautstark stören können.
Das werden wir nicht zulassen! *Diese Kreise stören wir gerne!!*

Gegen alten und neuen Militarismus!
Soldaten sind Mörder!
Gegen nationalistische und sexistische Männerhorden - ob mit Uniform, Glatze oder Bierbauch!

Am 23. 5. 98 haben wir die Faschokneipe "Germania" in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg angegriffen. Dabei wurde die Fassade beschädigt, leider waren die blöden Plexiglasscheiben nicht völlig kaputtzukriegen (also überlegt Euch was für den näxten Besuch).
Das "Germania" ist einer der wichtigsten Nazitreffpunkte in Berlin und wirbt für sich selbst als "patriotische Kneipe". Dort treffen sich Stiefelfaschos ebenso wie Kader zu "nationalen Liederabenden" und Saufgelagen.

Keinen Raum den Faschisten!

Antifa muß Praxis werden!
Feuer und Flamme den Faschotavernen!



einige AntifaschistInnen

Wie jede ernstgenommen werden wollende Erklärung, so beginnt auch die unserige mit den schmucklosen Worten:

Wir haben...

... und zwar in der Nacht vom ~~29.~~ 10. auf den ~~30. April~~ 11. 5. eine der Neonazi-Schaltzentralen in Berlin auf adäquate Weise heimgesucht. Sprich, die Fenster mit primitiven Mitteln durchlässiger gemacht und durch die neu entstandenen "Kommunikationskorridore" den Dialog mittels Nebelgas und Buttersäure gesucht. Da die so entstandene Szenerie wenig einladend erschien, zogen wir es vor, die "Unterhaltung" schon zu einem frühen Zeitpunkt wieder abzubrechen und eventuelle Antworten nicht abzuwarten.

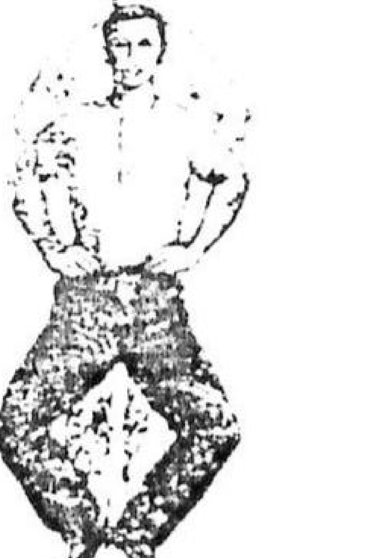
Now about the facts.

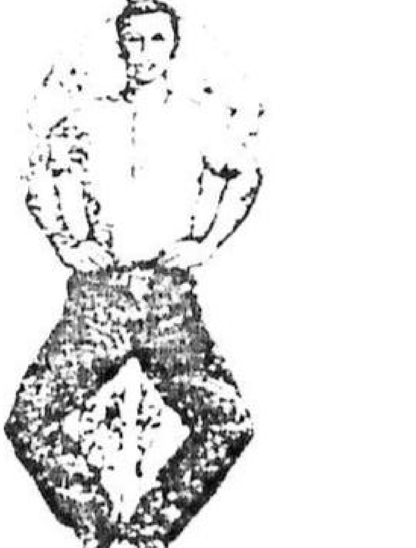
In dem Haus Waldstraße 21 in Berlin-Adlershof wohnen und arbeiten führende Neonazikader aus Berlin, die bundesweit aktiv sind: Frank Schwerdt, Christian Wendt, Rudolf Kendzia und Rita Bönisch. Hinter der wohlklingenden Adresse Waldstraße 21 verbergen sich mehrere Firmen dieser Nazis. So betreibt Rita Bönisch hier eine Wohnmobilvermittlung, Frank Schwerdt hat hier seine GbR Alt Heiligensee angesiedelt und Rudolf Kendzia geht mit einer "Kendzia & Partner GmbH" dubiosen Geschäften nach, um weitere Naziaktivitäten zu finanzieren.

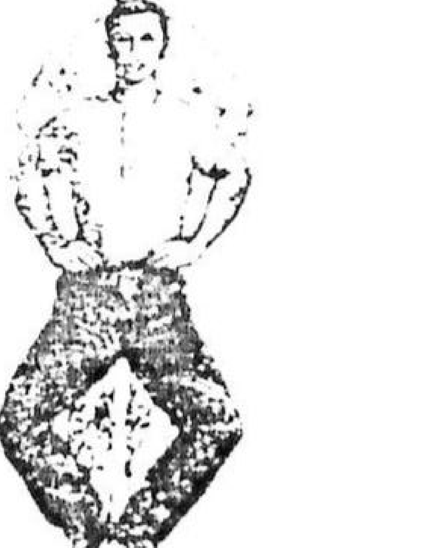
Der Diplom-Ingenieur Frank Schwerdt kann auf eine lange Nazikarriere zurückblicken. Das ehemalige CDU- und REP-Mitglied Schwerdt, der offiziell immer noch unter der Adresse Alt-Heiligensee gemeldet ist, bekleidet einen Posten im Bundesvorstand der NPD und war bis zum November '97 Vorsitzender der neofaschistischen "Nationalen e.V.", die vor allem in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt für den Aufbau sogenannter "Unabhängiger Kameradschaften" verantwortlich waren, bis sie sich aus Angst vor einem Verbot selber auflösten und in die NPD-Strukturen eintraten. Frank Schwerdt ist außerdem Herausgeber der wichtigsten Neonazizeitung "Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ), dem Hauptorgan eines sogenannten "Nationalen Medienverbandes" mit den Regionalausgaben "Junges Franken", "Thüringer Zeitung", "Mitteldeutsche Rundschau", "Westdeutsche Volkszeitung" sowie "Süddeutsche Allgemeine" und betreibt den "VBR-Verlag" mit Postfach in Treptow, über den neofaschistisches Propagandamaterial versandt wird. Die BBZ erscheint momentan nicht mehr als Druckausgabe, sondern unter der Web-Adresse http://www.bbzeitung.com als "virtuelles" Vernutzungsorgan der bundesweiten militanten Neonazistrukturen. Die BBZ verbreitet Aufrufe für Neonaziaufmärsche und antisemitische Hetze, sie hat in den letzten Monaten den Aufbau von sogenannten "Anti-Antifa-Strukturen" entscheidend mitbetrieben. Die Neonazis legen dabei Listen und Fotodateien von kritischen JournalistInnen, AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen und AntirassistInnen an, die dann - wie der PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat - zum Ziel durch militante Neonazis werden. Aktuell bemüht sich Schwerdt, den Antritt einer Haftstrafe wegen Verbreitung verfassungsfeindlicher Schriften und Beleidigung zu vermeiden.













Christian Wendt, sich selbst seit seiner Jugend als Nationalsozialist bezeichnend, ist die rechte Hand von Frank Schwerdt. Er agierte als Pressesprecher der "Nationalen", ist als Redakteur der BBZ für unsägliche Hetzartikel verantwortlich, trat bei mehreren Neonaziaufmärschen der letzten Zeit Seite an Seite mit der Anti-Antifa-Aktivistin Thekla Kosche auf und hat 1997 eine fast 12monatige Haftstrafe abgesessen. Wendt ist sowohl für seinen Fanatismus, als auch für seine Gewalttätigkeit bekannt. Er ist einer der Hauptinitiatoren der "Arbeitsgemeinschaft Nationaler Sozialisten in- und außerhalb der NPD" (AGNS), die versucht, das militante Neonazispektrum in die NPD-Strukturen einzubinden.

Rudolf Kendzia war 1967 Chef der West-Berliner NPD, von 1969 bis 1986 verbrachte er die Zeit als CDU-Mitglied, um 1989 dann für die REPs ins Berliner Abgeordnetenhaus einzuziehen. Er gehörte zum Vorstand der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" und kandidierte 1992 bei den Kommunalwahlen für die "Nationalen". 1995 wurde er zum Vorsitzenden des neonazistischen "Hoffmann-von-Fallersleben Bildungswerks" gewählt.

Rita Bönisch war REP-Abgeordnete in der BVV-Neukölln und Schriftführerin des Hoffmann-von-Fallersleben Bildungswerks.

Nach einer polizeilichen Durchsuchung des Hauses im letzten Jahr ist davon auszugehen, daß die BBZ in der Waldstraße 21 hergestellt wird (der Server bbzeitung.com dort installiert ist) und daß die o.g. Nazis das Haus als einen wichtigen logistischen Stützpunkt nutzen.

Der rassistische und faschistische Terror in Berlin, in Brandenburg und in ganz Deutschland nimmt zu, die Zahl der von Nazis oder "rechtsgerichteten Jugendlichen" Getöteten wächst an. Unterdessen erledigen Nazikader wie Schwerdt und Wendt weiterhin die Aufbau- und Propagandaarbeit dafür.

Militante Angriffe auf Nazikader gehören ebenso zu antifaschistischem Widerstand wie Öffentlichkeitsarbeit, Unterstützung für Flüchtlinge und MigrantInnen, Demonstrationen und Blockaden. Alle sind wichtig, von antifaschistisch aktiven GewerkschafterInnen, autonomen Antifas und BürgerInnen, denen der Terror einfach stinkt und die selber auf ihre Art und Weise aktiv werden. Es ist klar, daß der staatlich protegierte Rassismus und Antisemitismus kein Phänomen nur der extremen Rechten ist, sondern auch aus der Mitte der Gesellschaft kommen und nicht alleine durch militante Aktionen aufgehalten werden können. Aber militante Aktionen sind auch immer ein Weg um den Handlungsspielraum der Nazis zumindest zeitweilig einzuschränken und ihren Opfern eine kleine Atempause zu verschaffen.

In diesem Sinne:

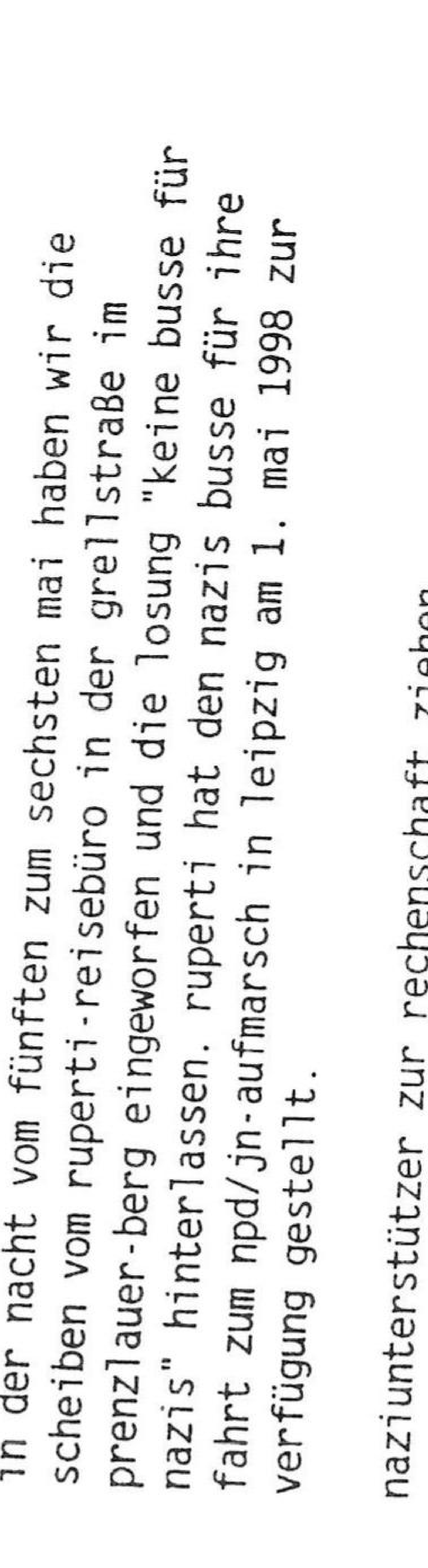
Solidarität mit den Opfern rassistischer und faschistischer Angriffe !

Schaut nicht weg ! Greift ein ! - Bei rassistischen und faschistischen Angriffen, bei Abschiebungen, bei staatlichen Zwangsmaßnahmen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen !

Autonome AntifaschistInnen 11. Mai '98






in der nacht vom fünften zum sechsten mai haben wir die scheiben vom ruperti-reisebüro in der grellstraße im prenzlauer-berg eingeworfen und die losung "keine busse für nazis" hinterlassen. ruperti hat den nazis busse für ihre fahrt zum npd/jn-aufmarsch in leipzig am 1. mai 1998 zur verfügung gestellt.

naziunterstützer zur rechenschaft ziehen.

die nazi-offensive stoppen.

zusammen kämpfen.

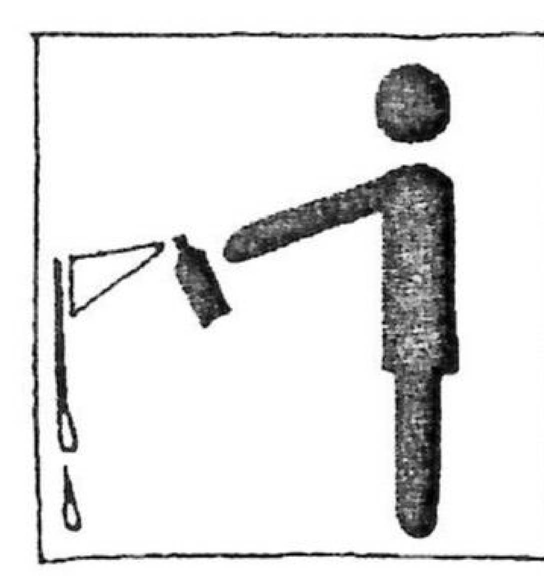
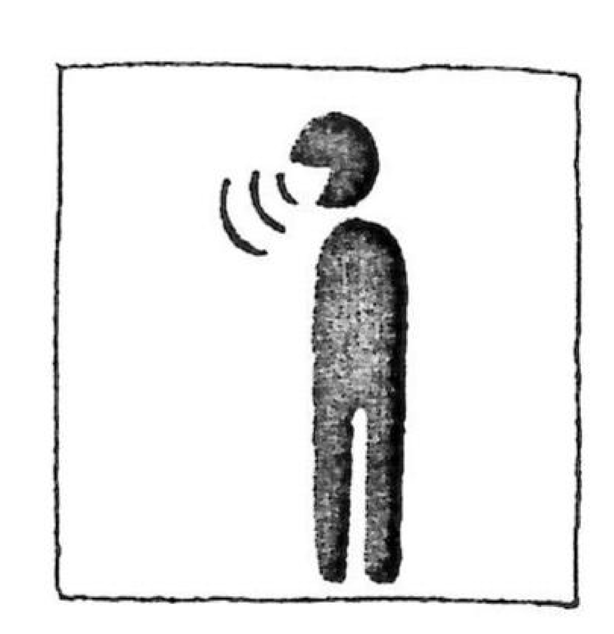
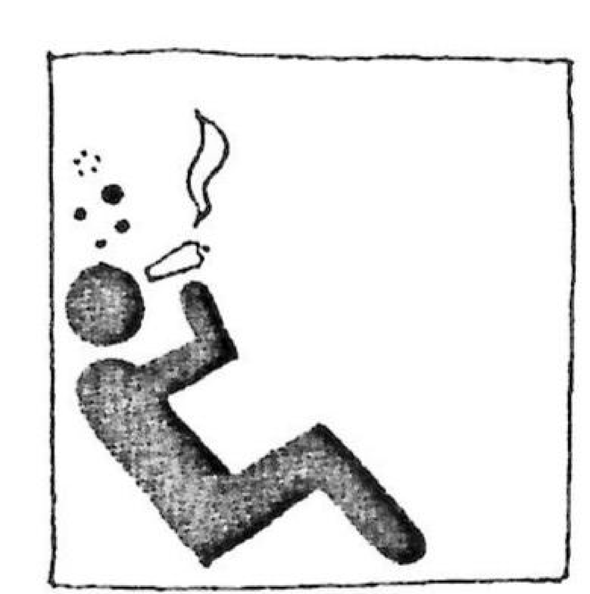
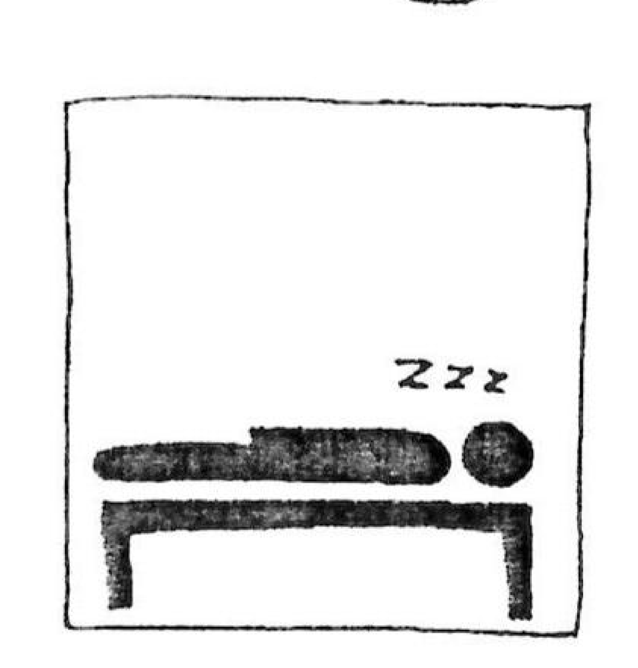
kommando "auch späte vögel fangen würmer"

Autonome verwüsteten Reisebüro - aus Rache

PRENZLAUER BERG - Autonome haben das Reisebüro „Ruperti" in der Grellstraße (Prenzlauer Berg) verwüstet. Grund für den Anschlag: Eine „Ruperti"-Filiale (100 Niederlassungen in Ostdeutschland) aus Brandenburg hatte Busse zur NPD-Demo in Leipzig an Rechte vermietet.

„Als wir morgens kamen, waren unsere 2,50 Meter großen Schaufenster völlig zertrümmert", sagt Reisebüro-Mitarbeiterin Marianne Meiske. An der Wand prangte in großen Lettern: „Keine Busse für Nazis". Frau Meiske: „Sicher, unsere Zweigstelle hat anscheinend an Rechte vermietet. Aber schließlich fragen wir nicht nach der politischen Gesinnung, wenn jemand bei uns einen Bus anmietet." **kei**

9.5.98

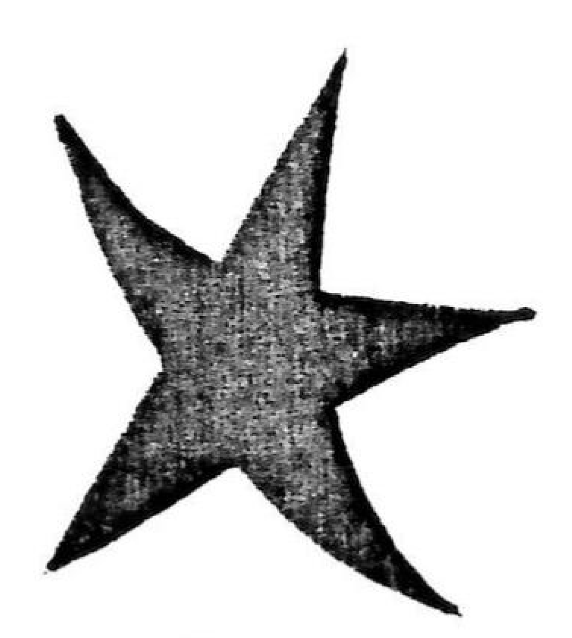
WIR HABEN IN DER NACHT VOM 24. AUF DEN 25. MAI 1998 DIE KNEIPE LINDENECK IN BERLIN ADLERSHOF (WEERTHSTRASSE 10 ,TEL 6773681) MIT DER PAROLE "KEINE RÄUME FÜR NAZIS" BESPRÜHT UND DIE LEUCHTREKLAME EINGEWORFEN (LEIDER HATTEN DIE SCHEIBEN JALOUSIEN). IM LINDENECK TRAF SICH AM 15. MAI 1998 DIE NPD,UM IHRE AKTIVITÄTEN IN TREPTOW ZU PLANEN. AUSSERDEM HABEN WIR BEI DEM NAZI-BOMBENLEGER PATRICK DEMMIG (ADLERGESTELL 235, ADLERSHOF) VON DER KAMERADSCHAFT TREPTOW FÜR BESSERE LUFTZUFUHR GESORGT. DEMMIG LÄUFT, TROTZ SEINES MORDVERSUCHES AN EINEM JUNG-PDS'LER WIEDER FREI RUM.

NAZIS HABEN NAMEN UND ADRESSEN !!!
ORGANISIERT DEN ANTIFA-WIDERSTAND !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

EINIGE AUTONOME ANTIFAS

PS: SOLIDARITÄT MIT ALLEN KRIMINALISIERTEN ANTIFAS:
SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE

Antifa heißt Busfahren!



Spätestens nach Saalfeld waren Buskonvois zu Antifaaktivitäten nicht mehr gefragt. Einerseits verständlich nach den vielen negativen Erfahrungen, andererseits lassen wir uns da eine Form aus den Händen nehmen, organisierter und vor allem mit Vielen auf einem Haufen an einen Ort zu gelangen. Für all diejenigen, die nicht in festen Gruppen organisiert sind und/oder an diesem Tag eher auf ein „Massenkonzept" setzen, ist es immer noch eine sinnvolle und billige Reiseform.
Wir wollten mit dem Buskonvoi-Konzept nach Leipzig am 1. Mai dies wieder attraktiv machen. Eine Überlegung, prominente PatInnen für jeden Bus aufzutreiben, war an sich nicht schlecht, wurde von uns selbst aber zu lasch angegangen, so daß es zwar ein paar gab, die Patenschaften unterschrieben hatten, aber der Knaller war es nicht.
Unser Konvoi bestand letztendlich aus zehn Bussen. Es hatten sich noch ein Bus aus dem Wendland sowie einer aus Mc Pomm angeschlossen. Um Vorkontrollen in Berlin kamen wir nicht drumherum, sie gestalteten sich jedoch nicht allzu nervig. Wir hatten zwei Abfahrtsorte angegeben, um die Anfahrtswege für die Mitreisenden angenehmer zu machen. Das stellt sich als ein zu großer Zeitverlust heraus. In Sachsen-Anhalt gab es auf der Autobahn eine kleine Vorkontrolle. In Leipzig selbst konnten wir die Hauptkontrolle austricksen. In der Stadt blieben die meisten als großer Block zusammen. An einem der einzig genehmigten Orte vereinten wir uns mit dem Berlin-Lauti und versuchten auf die Zufahrtsstraße zu gelangen, um die anfahrenden Nazis zu blockieren. Zu dem Zeitpunkt war es nämlich schon nicht mehr möglich, zum Völkerschlachtsdenkmal zu gelangen. Die Bullen versprerrten den Zugang mit Wasserwerfern. In unserem Block befanden sich auch die Queer-Leute, deren Konzept ein klares „Massenkonzept" war, zumal sie einige unter sich hatten, die als Tunten ein gefundenes Fressen für Nazis waren. Von daher war klar, daß wir in Leipzig aus eigenem Antrieb keine direkten Konfrontationen eingehen wollten. Es gab uns als sichtbare und hörbare Masse, die etliche Bullen gebunden hatte.
Was wir im Nachhinein als Fehler sehen, sind unsere eigenen miserablen Ortskenntnisse (das, was wir bei den Bullen belächeln, wenn sie in großen Formationen rumfahren und die erste Wanne hektisch den Stadtplan studiert) und das sich Verlassen müssen auf die Informationsstruktur vor Ort. Eine kleine „eigene" Infrastuktur sollten wir nächstens selber auf die Beine stellen können.
Die Rückfahrt gestaltete sich etwas spannender. Ab Leipzig wurden wir durch Sachsen-Anhalt von Zivis und einer Hundertschaft begleitet, ergänzend dazu ließ uns ein Hubschrauber nie aus den Augen. An der Grenze zu Brandenburg verließ uns die Hundertschaft, dafür interessierten sich mehr und mehr Zivis für uns. Wir wußten von der Falle, die in Dreilinden auf uns wartete (schon mit vorbereiteten Gefangenentransportern). Wir wollten sie auch dieses Mal austricksen, was uns zumindest soweit gelang, daß sie von acht Bussen nur drei kriegten. Am Potsdamer Kreuz trennten sich plötzlich unsere Wege. Die zwei Queer-Busse stellten die Bullen an der Glienicker Brücke, einen anderen Bus in der Heerstraße. Zwei Busse wurden kontrolliert, es fehlten jedoch die Insassen (diese tummelten sich in der S-Bahn). Das Konzept der Bullen war, uns auf keinen Fall nach Berlin reinzulassen, damit wir die Rosa-Luxemburg-Platz-Demo nicht verstärken. Die gewaltbereiten Chaoten entpuppten sich als muntere, aufmüpfige Schwulen und Lesben und im anderen Bus als tapfere GewerkschafterInnen, Abgeordnete und ein Anwalt. Das Ganze war für die Bullen ein sogenanntes Kuckucksei. Die von den Abgeordneten danach herausgebene Pressemitteilung und eine Pressekonferenz erwiesen sich medial als ein 0:1 für uns.
Alles in allem fanden wir den Tag für uns so gelungen. Einen ganzen Tag über Masse zu sein hat einfach Vorteile. Bei einem spontanen Aufeinandertreffen mit Faschos wären wir vorbereitet gewesen. Es gab durchaus den Schutz für andere Konzepte wie z.B. das von den Queers. Einige Promis und einen Anwalt dabei zu haben, hat vor Ort den Vorteil, schneller und unproblematischer Spontandemos anzumelden, anstatt sich einkesseln zu lassen.
Und wie die Queers in ihrer Pressemitteilung so schön sagten: „Die Reisesaison hat erst begonnen!"



An die Leipziger Antifas !

11.5.98

Der 1.Mai ist vorbei. Die faschistische Demo wurde verboten, die NPD-Kundgebung blieb nach langem juristischem Hickhack erlaubt. Der Tag des „nationalen Widerstandes“ war für die Faschisten ein Flop. Statt der vollmundig angekündigten 10000-15000 Nationalisten versammelten sich lediglich ca. 5000 Personen am morgen des 1.Mai am Völkerschlachtdenkmal. Doch wie gehen wir mit einer Zahl von ca. 5000 Faschisten um? Ist dies ein Erfolg oder eine Niederlage? Denn leider muß man und frau feststellen, daß auch in unseren Reihe der Gewöhnungseffekt Einzug hält. Viele sind der Ansicht, daß aufgrund der Tatsache, daß nur 5000 Neonazis vor Ort waren, die Sache als Erfolg gewertet werden kann. Doch 5000 Faschisten hätten noch vor einigen Jahren einen riesigen Aufschrei in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit wie auch in der Antifa-Szene ausgelöst. Doch nach den Aufmärschen in München und Dresden, sowie der Saalveranstaltung in Passau ist der Aufmarsch in Leipzig nur noch ein weiteres Ereignis in der Chronologie! Wir gewöhnen uns langsam daran und begreifen faschistische Aufmärsche immer mehr als Teil unseres Alltags! Welch verheerende Unterschätzung! Wir dürfen diese Entwicklung nicht verniedlichen, führt dies doch zu einer immer größer werdenden Lethargie unsererseits und einer „Akzeptanz“ solcher Ereignisse.

Jetzt noch mal etwas prinzipielleres zur antifaschistischen Gegenwehr am 1. Mai in Leipzig, zur Vorbereitung und dem Ablauf des Ganzen.
Vorher wurde die Frage aufgeworfen, ob der 1. Mai in Leipzig für uns Antifas ein Sieg oder eher eine Niederlage darstellt. Für uns war dieser Tag eindeutig positiv und zwar nicht nur aufgrund der geringer als erwarteten Anzahl von Faschisten, sondern hauptsächlich aufgrund der entschlossenen antifaschistischen Gegenwehr. Die ca. 4000-6000 Linksradikalen zeigten zugleich Wille, Entschiedenheit und „Disziplin“. Es war Leben in der Demo. Das vielzitierte „Feuer und Flamme“ war an diesem Tag in vielen Herzen verankert und trug maßgeblich dazu bei den Faschisten und deren behelmten Beschützern zu zeigen, daß wir an diesem Tag nicht in Leipzig waren um Lichterketten zu produzieren. Dies war der Ansatz einer Bewegung die den Anspruch „Antifa heißt Angriff“ verdient hat, im Gegensatz zu vielen anderen bord-weiten Demos und Aktionen, die diesen markigen Anspruch zwar ganz oben anstellen, aber die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität viel zu groß ist.
Einen rießengroßen Anteil am Erfolg dieses Tages hattet Ihr! Wir haben selten, eigentlich noch nie, eine Demo, oder wie auch immer man/frau dies bezeichnen soll, erlebt, die von der Vorbereitung und Durchführung so gelungen war, wie diese!
Durch die kontinuierliche Versorgung (auch in „ländlicheren“ Gebieten fernab der großen Städte) mit gut recherchierten, übersichtlichen und ausführlichen Informationen über den Stand der faschistischen Mobilisierung und der aktuellen Lage in Leipzig, war es uns erst möglich, viele Menschen anzusprechen und zu motivieren an diesem Tag nach Leipzig zu fahren! Ich erinnere nur an das update zum update! Das war wirklich große Klasse von Euch!
Auch die Organisation am „Tag X“ hat sehr gut geklappt. Die Anwesenheit von ortskundigen Antifas fast überall, das Abchecken umliegender Städte nach evt. faschistischen Spontan-Kundgebungen und das dauerhaft gute Funktionieren des Infotelefons hat uns wirklich sehr geholfen. Besonders hervorzuheben ist auch der Sprecher im Lauti-Wagen, der zu jeder Zeit, auch im größten Chaos, es immer noch geschafft hat Übersicht zu bewahren und die Menge mit ruhigen, detaillierten Anweisungen und Tips, gepaart mit einer guten Portion Humor und Sarkasmus, zu versorgen! Weiter positiv aufgefallen ist uns die Auswahl der Musik. Das Abspielen von „beschwingender“ Musik, z.B. Pogues u. ä., anstatt des sonst üblichen basslastigen Sounds hat vielen Menschen, die hin und wieder überfordert und von Angst geplagt waren, stark geholfen. Man sollte vor der großen organisatorischen Leistung von Euch den Hut ziehen. Alle Achtung!

Was bleibt? Wir sehen Leipzig als Signal. Weg von den üblichen Demos hin zu einer Demokultur die sich auszeichnet durch Stärke, Entschlossenheit, Spontanität und Solidarität! Leipzig hat uns Mut gemacht! Wir sind mit einem positiven Gefühl wieder nach Hause gefahren. Ein regelrechter „Leipziger Motivationsschub“ geht zur Zeit durch unsere Strukturen. Es bleibt zu hoffen daß der schlechte Ruf sog. „Ost-Demos“ langsam auf der Strecke bleibt und Ihr, wie auch andere ostdeutsche Antifa-Gruppen, in der Zukunft massiv von westdeutschen Gruppen unterstützt werdet.

Solidarität ist unsere Waffe!!!

Es war uns wichtig Euch unsere Einschätzung des 1.Mai in Leipzig mitzuteilen und Euch Mut zu machen für die Zukunft!

Mit solidarischen linksradikalen Grüßen

Antifa Nürtingen autonome antifa nürtingen

VOLXSPORT

an die sorat gmbh, einsteinufer 63, 10587 berlin
da sie nicht zum einlenken zu bringen sind, ihnen das wort menschlichkeit anscheinend fremd ist, ihre profitgier nicht zu bremsen ist....müssen wir sie durch geschäftsschädigende aktionen treffen. wir haben in der nacht 5./6. mai 98 im eingangsbereich vom SORAT HOTEL GUSTAVO, prenzlauer allee 169 entglasungsarbeiten durchgeführt. stellen sie ihre profitablen geschäfte mit den abschiebemördern des senats ein, sonst sind wir gezwungen ihre hotels noch öfters mit steinen zu versorgen! GRENZEN AUF FÜR ALLE!

autonome miliz

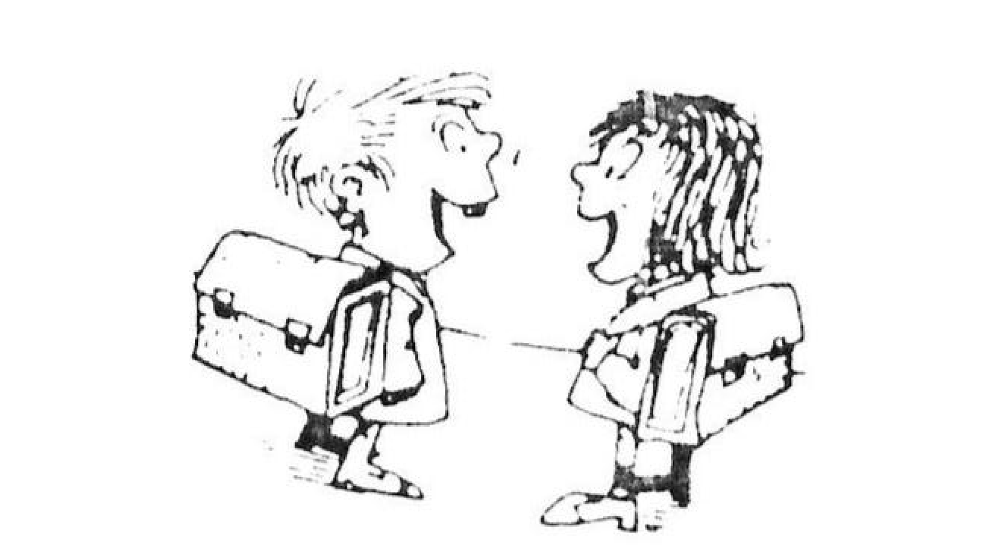
Kämpft mit uns!

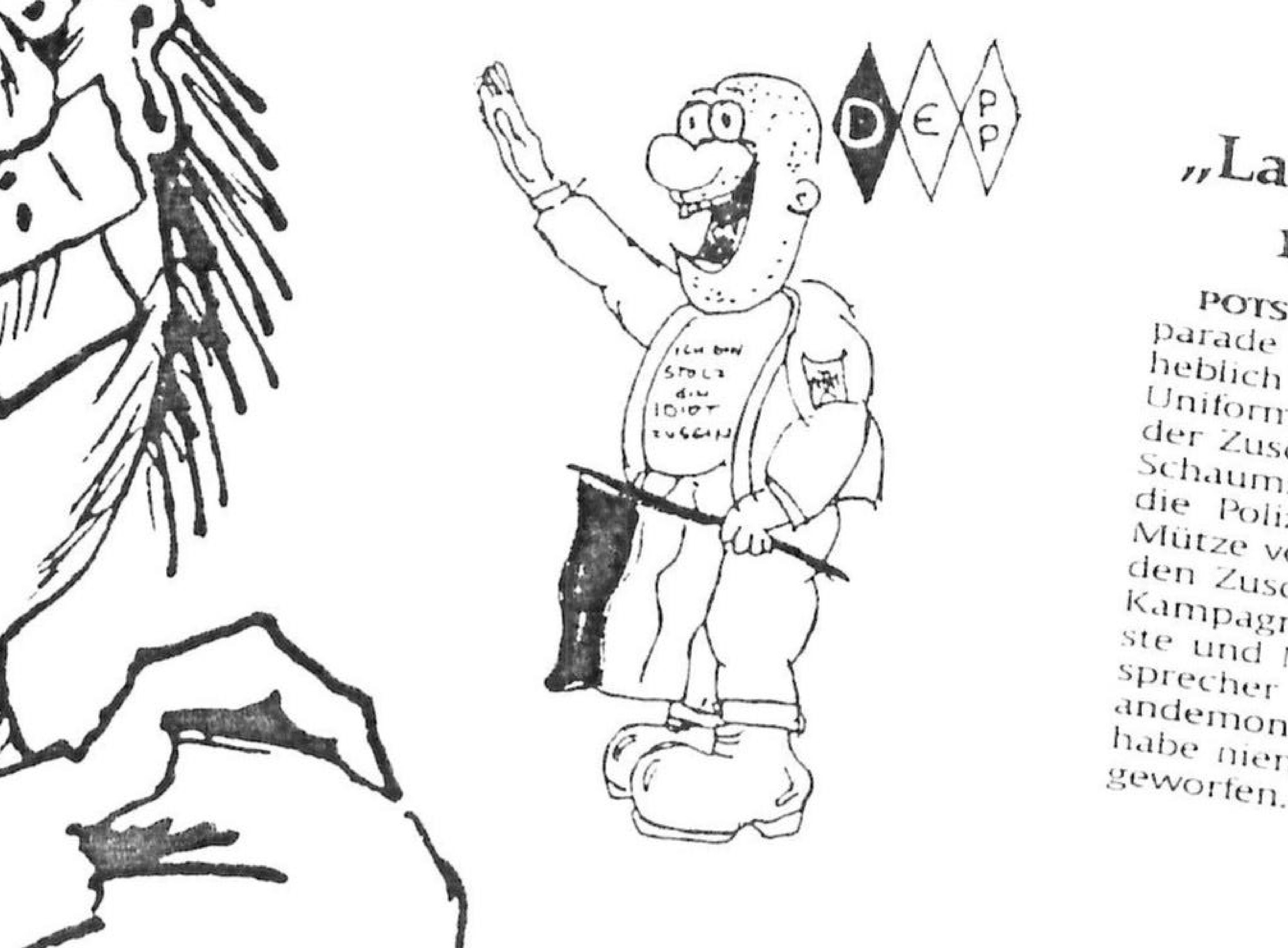
Achtung ! Rattenfänger vom Verfassungsschutz (VS) unterwegs!!!

Wie wir erfuhren, versuchten am 13. Mai 1998 zwei Verfassungsschützer im Prenzlauer Berg einen aktiven Antifa als Spitzel anzuwerben. Sie sprachen den Aktivisten in der Nähe seiner Wohnung an. Das ganze hatte zunächst den Anschein, es handle sich um eine normale Straßenumfrage.
Doch dies war nicht der Fall!
Die beiden männlichen Personen, Anfang/ Mitte 30ig wußten den Namen und die Wohnanschrift von dem Jugendlichen. Sie sprachen ihn gezielt an. Die Rattenfänger redeten nicht lange um den heißen Brei herum. Sie wollten wissen, ob der Genosse etwas über Auswirkungen des DVU- Wahlerfolges in der linken Szene in Berlin / Prenzlauerberg wisse und wenn es welche gäbe, ob er es ihnen gleich oder später mitteilen könne. Desweiteren fragten sie nach einem Zusammenhang zwischen dem DVU-Erfolg und den 1. Mai- Krawallen. Auch bemerkten die Staatsaffen, daß es ja auch im Prenzlauer Berg viele Nazitreffs gibt und ob er darüber nicht auch etwas erzählen könne. Nachdem der Antifa mehrmals wissen wollte, woher Sie die Information haben, daß er ihnen bei diesen Fragen weiter helfen könne, lautete die Antwort immer wieder:
" Sie wurden uns empfohlen. "
Aber wer soll den Genossen empfohlen haben?
Wir haben die Antwort!
Niemand!
Das war reine Einschüchterungstaktik vom VS!
Aber dort rechneten die Staatsbüttel nicht mit der Clevernis des aufgeweckten Antifas.
Er hat sie längst durchschaut! Er weis: " die sind vom VS! "
Er beendet das Verhör und geht.

ANTIFA HEISST SCHLAU SEIN!
Haltet die Ohren und Augen offen, wenn ihr von " netten Onkels " angesprochen werdet!
Zeigt ihnen die Kalte Schulter!
Wenn ihr von VS- lern angesprochen werdet: **sagt nichts, lasst euch nicht einschüchtern.**
Last Euch auf keine Gespräche ein!
Denn das sind Psychos, die Euch im Nu um den Finger wickeln können!
Meldet Fälle von Werbeversuchen sofort dem EA.

Gemeinsam sind wir stark.
Gemeinsam werden wir dem VS in den Arsch treten!
VS ufn Kopp!





Zum Naziaufmarsch in Leibzig

Was heißt eigentlich Hegemonie? Hegemonie ist ein Begriff von Antonio Gramsci und bezeichnet die Macht einer gesellschaftlichen Gruppe, Ereignisse in ihrem Sinne zu interpretieren. In der Mediengesellschaft in der es für den/die einzelne unmöglich ist an allen wichtigen Ereignissen teilzunehmen ist Hegemonie von zentraler Bedeutung.
Was das mit dem Naziaufmarsch in Leibzig zu tun hat? Anstatt zu versuchen so einen Riesenaufmarsch zu verhindern und uns dabei von den Bullen verprugeln zu lassen, sollten wir lieber versuchen ihn durch unsere Aktionen umzuinterpretieren. Entweder ins Lächerliche oder ins Erschreckende ziehen. Z.B. könnten einige der Menschen, die jetzt erst zum 1. Mai nach Leibzig gefahren sind, vorher dort auftauchen und den Leuten vor Ort dabei helfen, die Stadt mit Parolen und Plakaten vollzukleistern. Etwa "Am 1 Mai Affenumzug in Leibzig" o.ä. Das antifaschistische Transparent am Völkerschlachtsdenkmal war wohl die effektivste Aktion an diesem Tag. Oder warum nicht die Namen der deutschen KZ's an die Wände schreiben, und parallel zum Faschoaufmarsch einen Trauer- oder Schweigemarsch durchführen. Das würde uns mehr Symphatie einbringen und wirksamer sein als die mit dem Kopf durch den Polizeikordontaktik. Wozu beschäftigen sich Leute aus der Szene überhaupt mit Theorie, wenn wir in unseren alten Schematas bleiben? Die autonome A.F.R.I.K.A. Gruppe hat sehr lesenswerte Sachen zu Hegemonie und Umgang mit den Medien geschrieben. Anwenden! Wenn die Faschos etwas klüger wären, hätten sie aus unserer Plumpheit leicht Kapital schlagen können, indem sie selbst sich eben nicht mit den Bullen geprügelt und so für die bürgerliche Öffentlichkeit den Anschein des kleineren Übels bekommen hätten.

X

„Lange Kerls" in Potsdam mit Eiern beworfen

POTSDAM (dpa). Die neuaufgelegte Wachparade der Langen Kerls in Potsdam ist erheblich gestört worden. Die in historische Uniformen gekleideten Darsteller seien aus der Zuschauermenge heraus mit Eiern und Schaumstoffteilen beworfen worden, teilte die Polizei mit. Einigen sei die schwarze Mütze vom Kopf geschlagen worden. Unter den Zuschauern hätten sich Mitglieder der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär befunden. Ein Kampagnensprecher sagte, es habe sich um eine Spontandemonstration gehandelt. Allerdings habe niemand aus seiner Gruppe mit Eiern geworfen.

Antifaschistisches Camp

Jugendburg Ludwigstein bei Witzenhausen/Göttingen

Liebe GenossInnen und Genossen!

Hiermit wollen wir Euch zum Antifaschistischen Camp vom 2. – 5. Juli '98 auf der Burg Ludwigstein einladen. Das Motto des Camps lautet »Organisiert den revolutionären Widerstand«. Vier Tage können sich Antifaschistinnen und Antifaschisten aus dem gesamten Bundesgebiet, wie auch internationale Gäste, unter dem übergreifenden Thema Organisierung dem Stand und der Perspektive der radikal-antifaschistischen Bewegung widmen. Veranstaltet wird das Camp von der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) in Zusammenarbeit mit dem Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. Göttingen.

Warum dieses Camp?

Ziel des Camps ist es, einen Rückblick auf den bisherigen Organisierungsprozeß der antifaschistischen Bewegung zu werfen, den Stand und die derzeitigen Möglichkeiten antifaschistischer Politik auszuloten und gemeinsam weitere Schritte zu entwickeln.

Organisiert den revolutionären Widerstand!

Anfang der 90er war die Frage nach einer bundesweiten, autonomen Organisierung sehr kontrovers diskutiert worden. Mittlerweile sind sich fast alle über die Notwendigkeit organisierter Strukturen einig. Dies nicht zuletzt durch die Erkenntnis, daß der Zersplitterungsprozeß der bundesdeutschen Linken immer weiter fortschreitet und auch linksradikale Positionen gesellschaftlich isoliert sind.

Aktuelle Ereignisse wie die Demonstration gegen den Bundeswahlkongreß der NPD im Februar diesen Jahres in Passau, ebenso wie die Großdemonstration in Saalfeld im März unter dem Motto *»Gegen jeden rechten Konsens«* im März machen deutlich, wie der Staat auf linksradikalen/antifaschistischen Widerstand reagiert. Die Darstellung antifaschistischer Initiativen als „gewaltbereiter Extremismus" in der Öffentlichkeit dient der Rechtfertigung repressiver Maßnahmen. Diese polizeistaatlichen Methoden müssen im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte um die Aufrüstung der sogenannten Innere Sicherheit gesehen werden.

Es zeigt sich immer wieder, wie wichtig es für fortschrittliche Gruppen ist, die gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen, Leute zu sammeln und durch Zusammenarbeit, gemeinsame Praxis und gegenseitigen Austausch die Politikfähigkeit der antifaschistischen Bewegung wieder herzustellen bzw. zu festigen.

Trotz verschiedener existierender Organisierungs- bzw. Vernetzungsansätze wie die AA/BO, das Bundesweite Antifatreffen (BAT) oder das ROTKÄPPCHENtreffen einiger Ost-Antifas, ist noch keine zufriedenstellende Antwort auf die Frage nach einer erfolgreichen breiten Organisierung gefunden.

Das Camp soll ein Forum bieten, Schwächen und Stärken antifaschistischer Politik zu beleuchten, Kontakte zu knüpfen und vorhandene zu intensivieren.

Für eine starke unabhängige antifaschistische Bewegung!

Organisatorisches

Das Camp findet auf dem Gelände der Jugendburg Ludwigstein bei Witzenhausen/Göttingen statt. Insgesamt ist Platz für *ungefähr 500 Personen*, wobei ein Teil der Leute in der Burg, der größere Teil auf einer Wiese bei der Burg in Zelten übernachten kann. Solltet ihr aus irgendwelchen Gründen nicht in einem Zelt schlafen können, bitte bei der Anmeldung angeben. Die alte Burg ist leider nicht rollstuhlgerecht eingerichtet.

Wenn Ihr Kinder mitbringt, wäre es gut, wenn Ihr ebenfalls vorher Bescheid gebt; wir bemühen uns um eine *Kinderbetreuung*.

Anmeldeschluß...

...ist der *29. Mai '98*. Bis dahin sollte der Anmeldebogen zu uns geschickt werden und der Beitrag auf das angegebene Konto überwiesen sein. Den Beleg der Überweisung mit dem Anmeldebogen zurücksenden. Dies gilt als verbindliche Anmeldung. Der *Beitrag pro Person beträgt 60,– DM für die vier Tage.* Dies beinhaltet 3 Übernachtungen sowie Donnerstag Abendessen, Freitag und Samstag 3 Mahlzeiten und Sonntag Frühstück und Mittagessen. Mitgebracht werden müssen: Zelte, Isomatten und Schlafsäcke – letzteres gilt auch für diejenigen, die in der Burg übernachten.

Sollten sich mehr als 500 Leute anmelden, haben diejenigen Vorrang, die sich zuerst angemeldet haben. Der Platz ist leider nicht endlos ausdehnbar.

Außerdem müssen wir darauf hinweisen, daß Ihr *keine Hunde* mitbringen könnt!

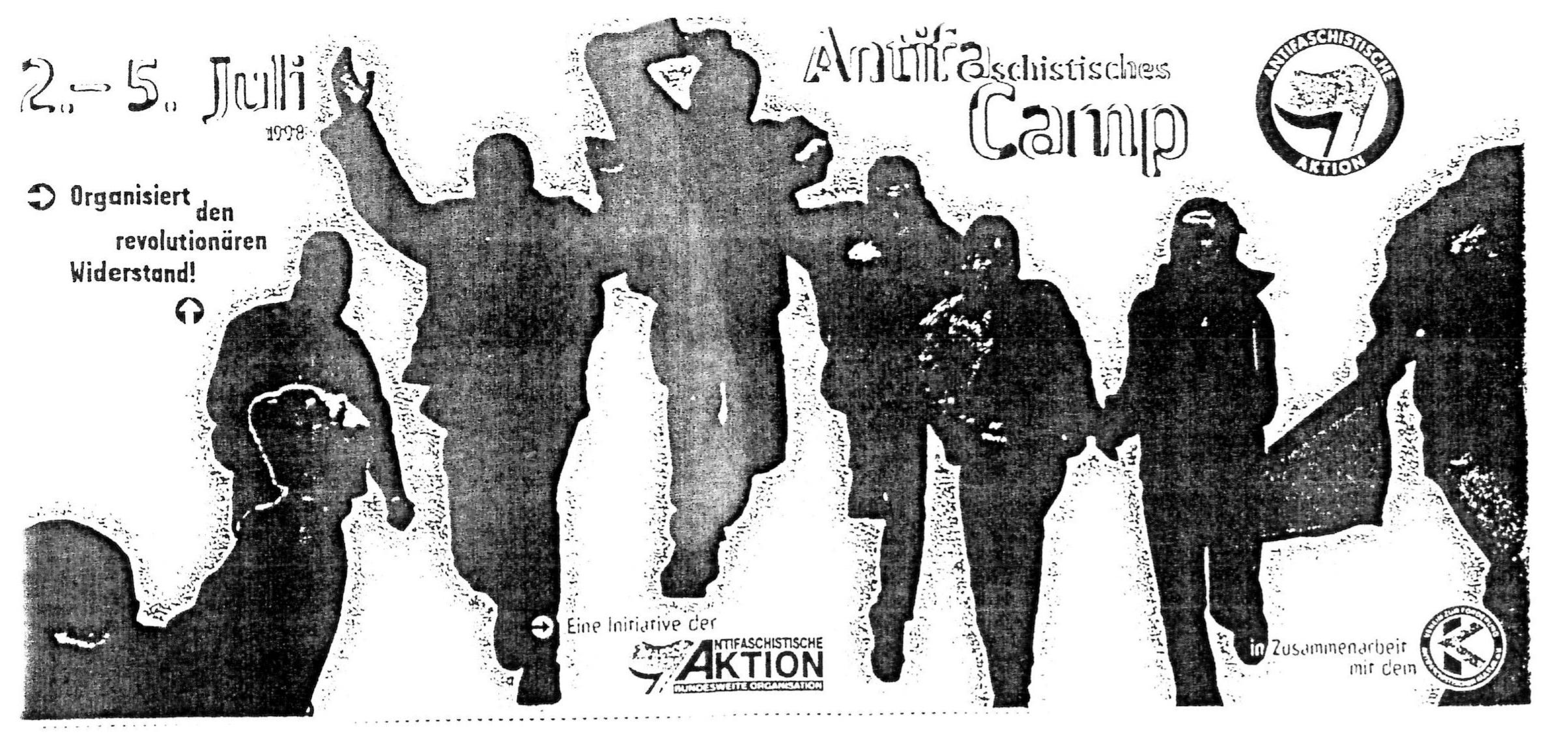
Anfang Juni bekommt Ihr nach Anmeldung ein ausführlicheres Programm zugeschickt. Falls Ihr vorher noch Fragen habt, wendet Euch bitte an:

Autonome Antifa (M), c/o Buchladen,
Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
Tel/Fax: 05 51/54 90 81
Mittwoch und Freitag 19 – 21 Uhr · sonst AB

antifaschistisches CAMP 98

Mit antifaschistischen Grüßen

für die Antifaschistische AKTION Eure *Autonome Antifa (M)*



An jedem der vier Tage wird am Abend eine Hauptveranstaltung zu verschiedenen Schwerpunkten linker Politik stattfinden. Geplant sind hierfür folgende Referate mit anschließender Diskussion:

- Historischer Antifaschismus
- Internationalistische Politik
- Zur Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD
- Zur (autonomen) Antifa-Bewegung heute

Desweiteren werden verschiedene Arbeitsgruppen angeboten. Die Themen sind so gewählt, daß sie Fragen aufgreifen, die sich in der Praxis politisch aktiver Gruppen immer wieder stellen. Es geht dabei sowohl um die theoretische Auseinandersetzung mit bestimmten Politikfeldern, als auch um deren konkrete praktische Umsetzung. Gruppen, die be-

Vorläufiges Programm/Ablauf

reits Erfahrung in den jeweiligen Arbeitsbereichen haben, gestalten die Vorbereitung der AGs und werden gegebenenfalls Arbeitsmaterial, Thesenpapiere oder auch weiterführende Literatur zusammenstellen.

Themen der Arbeitsgruppen sind:
Bündnisarbeit · Öffentlichkeitsarbeit · Medienpolitik · Regionalarbeit · Jugendarbeit · Zeitungsprojekte · Erste Hilfe bei Demos · Tips zu Layout und Gestaltung (Außenwirkung) · AgitProp-Theater · Computervernetzung und Antifa · Antifa heißt Angriff · Innere Sicherheit · Links = Rechts und Rot = Braun? (Zur Totalitarismustheorie) · Internationalismus/Kurdistan · Rechtsrock – Begleitmusik zu Mord und Todschlag · Akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen · Faschismustheorien · Neue Rechte · Repression und Antifa · Zur Geschichte der Roten Hilfe · Vorstellung verschiedener Selbstverteidigungssportarten · u.a.

Eine kurze Darstellung aller AGs werdet ihr in dem endgültigen Programm zugeschickt bekommen.

Außerdem soll es eine Info-Börse zu faschistischen Organisationen geben.

Damit der Bewegungsdrang nicht zu kurz kommt, sind verschiedene Sportmöglichkeiten gegeben. Für diejenigen, die zwischendurch entspannen wollen, wird es ein Antifa-Café sowie ein Filmprogramm geben.

Wenn Kult zur Kultur wird!

Samstag-Abend Party im Burghof

Anmeldung

zum

2. – 5. Juli Jugendburg Ludwigstein

antifaschistisches CAMP 98

Ich bin/wir sind .... Person/en

Verpflegung ☐ vegetarisch ☐ nicht vegetarisch

Name/Gruppe oder Kennwort ....

Stadt/Ort ....

besondere Bemerkungen ....

An die
Autonome Antifa (M)
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen

Überweisung an:
Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V.
Konto: 100 693 480 · BLZ 260 500 01
Sparkasse Göttingen
Stichwort: „CampAG"

Bitte Kennwort/Name auf der Überweisung nicht vergessen!



Anmeldschluß: 29. Mai 1998

Was hat euch bloß so ruiniert

oder

Open your eyes,
time to wake up
Enough isi enough



Zeitgleich mit dem Angriff des Staatsschutzes auf Antifastrukturen, zeitgleich mit den Verlautbarungen Schönbohms und Hunds (Polizeigewerkschaft) am 1. Mai wären die Krawalle von Gruppen (namentlich der AAB) gesteuert worden, erscheinen in Zeitungen, die der Linken zugerechnet werden Artikel, deren Autoren den Eindruck erwecken als erwarteten sie Lollis vom Staatsschutz.
Mal ganz abgesehen von einem nicht mehr ernstzunehmenden, da nur noch geifernd-denunziatorischen Telegraph-Artikel im Vorfeld des 1. Mais, der die Infiltration junger, wehrloser Menschen von der Krake AAB beschreibt, werden auch in der Jungle World und in der Interim Artikel abgedruckt, deren Inhalt dem vorauseilendem Gehorsam geschuldet scheinen- eine Art von eiliger Entsolidarisierung gegenüber organisierten Antifastrukturen.
In der Jungle-World beschreibt der Autor auf der Disco-Seite, daß am 1. Mai die AAB mit dem Joystick DemonstrationsteilnehmerInnen wie die Lemminge in einen Abgrund ohne Wiederkehr steuert.
Daß von Rechts solche Erklärungsmuster eingesetzt werden, um linken Widerstand zu diskreditieren ist bekannt. Daß Linke diese eifrig wiederholen ist mehr als jämmerlich.

Das Menschenbild diverser Autoren alle nur als Opfer zu sehen, arme Häschen, die auf Demonstrationen gelockt werden, ist von politischer Resignation gekennzeichnet: „wenn ich schon keinen Sinn mehr sehe müssen wohl alle anderen bescheuert sein". Politisch handelnde Subjekte, oder zumindest entscheidungsfähige Menschen tauchen nicht auf.

So auch der Tenor der Abt. graue Zellen in der Interim. Was veranlaßt die Abt. graue Zellen eine Art klammheimliche Freude zu äußern, daß der Staatsschutz wahrscheinlich seine Fangarme schon in dem „Haufen" drin hat?
Vermittelt wird: selber schuld und irgendwie auch gerechtfertigt, wer sich so aufspielt und es wagt am 1. Mai eine Großdemonstration gegen die herrschenden Verhältnisse mitzuorganisieren.
Ja stimmt, selber schuld wenn man/ frau sich entschieden hat Subjekt zu sein und sich aufzulehnen, wenn man/ frau für Menschen die sich politisch betätigen wollen offen ist, wenn man/frau die Überzeugung hat daß der Kampf gegen die Verhältnisse strategische Überlegungen miteinschließt, daß die Antifa Strukturen braucht die handlungsfähig sind und daß man/frau sich nicht abfindet mit dem was ist.

Wenn da von Verantwortungsbewußtsein die Rede ist in dem Sinne, alle Leute auf der Demo Verhaftungen zu bewahren , legt das den Schluß nahe, daß die größte Verantwortung wäre keine Demo zu machen, dann fährt auch niemand ein. (Übrigens die Zahl von 400 Verhafteten ist die Zahl der Bullen für das komplette Mai Wochenende, einschließlich der abgefangenen Busse aus Leipzig!)

Der Vorwurf, der EA sollte nicht als Institution wahrgenommen werden, geht in die gleiche Richtung. Natürlich ist der EA eine Institution von Menschen, die es notwendig finden für die Linke eine Infrastruktur zu stellen. Das ist eine bewußte Entscheidung, kein Schicksal und ein Zeichen der richtigen Herangehensweise, nämlich die Linke als Ganzes zu begreifen, in der die verschiedenen Gruppierungen und Ansätze ihren Teil beisteuern. Der Aufruf sich dabei gegenseitig zu unterstützen ist natürlich richtig, aber genauso wie der EA nicht den 1. Mai organisiert, organisiert die 1. Mai Vorbereitung nicht den EA. Es geht um solidarischen Bezug, um Zusammenarbeit. Zusammenarbeit bedeutet aber nicht, daß alle immer das Gleiche machen, sondern die politische Arbeit der anderen Ansätze zu akzeptieren und nicht die Feinde in den eigenen Zusammenhängen zu suchen.

Nicht die Gruppen, die zu einer Demo aufrufen und mobilisieren sind die Verantwortlichen für alles Schlechte auf dieser Welt, sondern u.a. die, die Demonstrationen zusammenschlagen lassen.

Die richtige Antwort auf Kriminalisierung ist nicht die politische Arbeit zurückzuschrauben, sondern fortzusetzen und Aufgabe der Linken ist es die Linke zu verteidigen.

Spekulationen über Strukturen und „Drahtzieher" von Aktionen, sowie die Übernahme von Bullen- und Staatsschutzargumentationen sind für Linke im besten Fall ein Armutszeugnis und haben in linken Zeitungen auf jeden Fall nichts zu suchen.

Das Wochenende rund um den 1. Mai in Berlin und Leipzig hatte das Signal, daß es Widerstand gibt, daß Repräsentanten des Systems in Bedrängnis geraten können.
Das ist motivierend und sollte keine Anlaß sein zu behaupten, daß sei genau das was die Bullen haben wollten.



Eine Antifaschistin, die die Love- parade
auch nicht ab kann,
sollte diese aber so sein wie der 1. Mai
ihre Meinung auf jeden Fall ändern
würde

Der antifaschistische Widerstand- er lebe hoch!

Nachschlag zum GHETTO-BLAST-FESTIVAL am 2. Mai in Berlin

Wir hatten volles Programm: Sonne, ca. 2.000 BesucherInnen und 11 Bands auf der Hauptbühne. Zugegeben, die Bullen haben eindeutig gestreßt, aber wir haben 'ne Menge durchgesetzt. Da gab's ein HipHopMobil, einen RadicalRave, ein weiteres Soundsystem, 3 große VoKüs, Artistik, Theater und 'ne Menge Spaß. Aber wir haben auch 'ne Menge nicht geschafft.

Zur Vorgeschichte

Das Festival war in der Hasenheide als politische Kundgebung angemeldet und wurde von uns auch als solche verstanden. Wir wollten uns an diesem Tag einen der sog. „gefährlichen Orte" zurückholen. Der Park wurde uns fünf Tage vor dem Festivaltermin durch eine sog. Grünflächennutzungsgebühr von ca. 30.000 DM verunmöglicht. Auch auf der Straße Hasenheide wurde das Fest aus „verkehrstechnischen Gründen" (Hauptverkehrsstraße und verkaufsoffener Samstag) von den Staatsschutzbullen! verboten. Deswegen mußten wir mit einem Haufen weiterer Auflagen in die Körtestraße ausweichen.
Doch damit nicht genug: Gewerbetreibende und AnwohnerInnen wurden im Vorfeld von Kontaktbullen mit einer angeblich stattfindenden Faschodemo vollgelogen, um Stimmung gegen uns zu machen.

Wir haben es leider nicht ausreichend hinbekommen vor den zu erwartenden Repressalien zu warnen. Ein von der Interim (449) nicht abgedruckter Artikel (auch der Termin wurde nicht mal erwähnt; vielen Dank an die verantwortliche Red.!) und am 2. Mai am Herrmannplatz beschlagnahmte Flugis trugen ihr übriges dazu bei, daß 'ne Menge Leute ihre Kapuzis und Tascheninhalte in den Vorkontrollen eingebüßt haben.

Der Koch und seine Messer

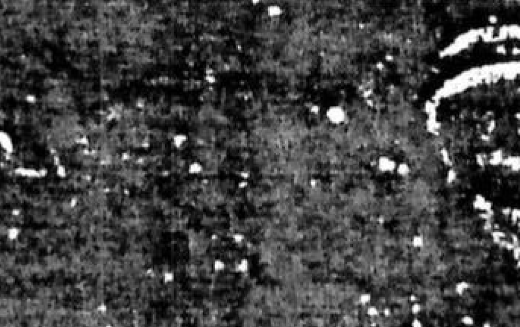
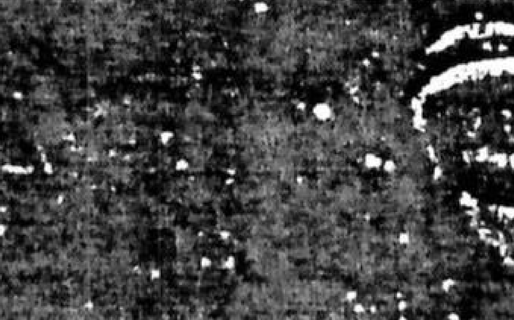
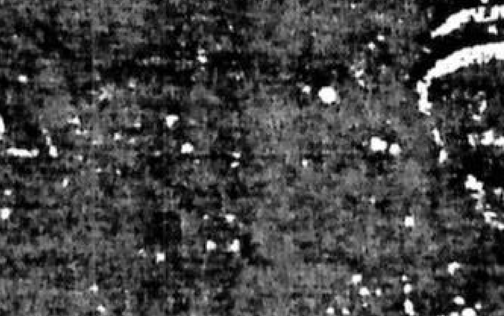
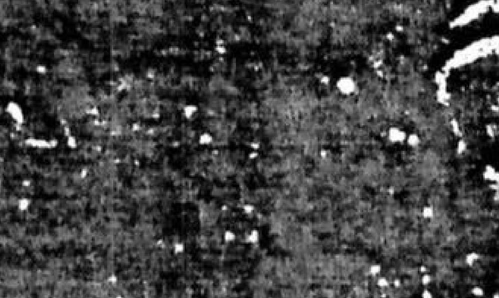
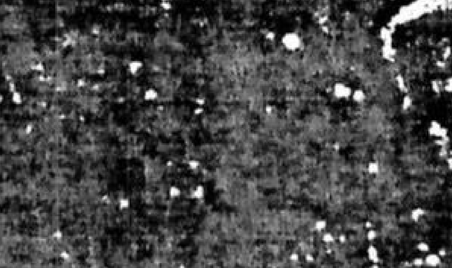
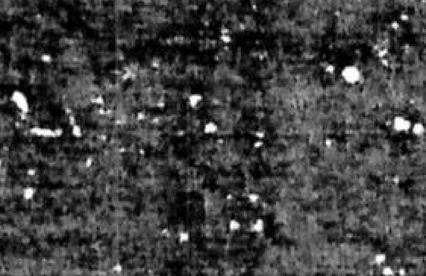
Typisch Bullen: krasse Vorkontrollen, Rempeleien von Achter-Bullentrupps in Kampfmontur, Video- und Richtmikro-Überwachung vom Dach der Körtestr. 12. Im Verlauf des Nachmittags wurden sowohl am Herrmannplatz, als auch in der Hasenheide unzählige Platzverweise an Erholungsbedürftige und Kaufwütige ausgesprochen, die es wagten, sich zum Verschnaufen auf eine Bank zu setzen oder an eine Mauer anzulehnen.
Der Koch eines Restaurants wurde von einer Bullenvorkontrolle nicht an seinen Arbeitsplatz gelassen, weil er seine Küchenmesser dabei hatte. Ein Workshopbetreiber mußte seine Musikinstrumente herausgeben, weil sie als „gefährliche Gegenstände" deklariert wurden. Mehrere ältere Menschen kamen nicht durch die Vorkontrollen, weil nicht für ihre Sicherheit garantiert werden könne. Ein Feuer in einem Keller, direkt an der Hauptbühne, wobei die Bullen die ganze Zeit vor dem Haus gestanden haben. Dann um 22:30 Uhr 'ne Hundertschaft, die einmal quer die ganze Straße abräumt und Menschenjagd veranstaltet.
Insgesamt gab es mindestens 23 Festnahmen, gegen Vier wurden Haftbefehle erlassen, wovon Einer momentan noch sitzt und am 28.05. Prozeßtermin hat (10:30 Uhr Landgericht, Turmstr., Moabit). Mindestens drei Leute haben mittlerweile Bußgeldandrohungen wegen mutmaßlicher Beteiligung an der unkommerziellen Verbreitung von Speisen bzw. Getränken erhalten.
Falls ihr ähnlich absurde Post oder Scheußlichkeiten bekommt, meldet euch beim EA und auch bei uns, damit wir gemeinsam dagegen vorgehen können.

Fazit

Sicherlich haben wir 'ne Menge Fehler gemacht. Wir lassen jedoch nicht die Köpfe hängen. Viele zugesagte Stände vor allem von Flüchtlings- und MigrantInnengruppen konnten aufgrund des massiven Bullenaufgebots nicht kommen. Von FrauenLesben- sowie Schwulen-Initativen gab es keine eigenen politischen Ausdrucksformen auf dem Festival.
Wir haben es nicht geschafft aus unserem Ghetto rauszukommen.
Es ist uns jedoch gelungen, daß sich der Großteil der AnwohnerInnen mit dem Fest solidarisierte oder zumindest über das Vorgehen der Bullen empörte. Wir haben auch bewiesen, daß unkommerzielle Festivals zum Selbermachen durchsetzbar sind. Der durch die Bullen praktisch verhinderte Getränkeverkauf brachte uns ein derbes finanzielles Desaster, aber Geld regiert nicht unsere Welt.
Kommt bitte trotzdem auf unsere diversen Solipartys. Die erste Gelegenheit ist am Freitag 5. Juni in der Köpi (gemeinsam mit den Verkantherten vom 3.Mai).

Kritik und Kontakt über:
Ghetto Blasters
c/o Anti-Quariat
Oranienstr. 45
10969 Berlin







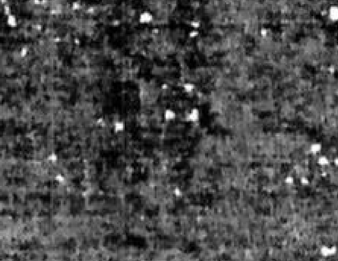
















liebe Leute, ihr seid aufgerufen, zu dieser Kundgebung massenhaft zu kommen. Im SPD-Haus ist nämlich an idesem Tag ab 10 Uhr morgens auch der Kanzlerkandidat Schröder und Herr Habermas für eine Wahlveranstaltung, die den ganzen Tag gehen soll (s. beiliegende Ankündigung/Einladung)

Kein Aushungern von Flüchtlingen !!

Nein zum neuen Leistungsverweigerungsgesetz !!

Aufruf zur Kundgebung

gegen die geplante Streichung der Sozialhilfe für Flüchtlinge

am Freitag, den **5.6.1998**, um **16 Uhr** vor dem **Willi-Brandt-Haus** der SPD, Wilhelmstr. 140, Berlin-Kreuzberg

Kurz vor Ende der Legislaturperiode will eine „Große Parteien-Koalition" im Eiltempo ein Gesetz durchpauken, das hunderttausenden von Flüchtlingen in diesem Land jede Existenzgrundlage nimmt. Ohne Rücksicht auf die Proteste und Einwände von allen freien Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsorganisationen und -unterstützerInnen, von kirchlichen, gewerkschaftlichen, Menschenrechts- und anderen Gruppen sollen mit der Verschärfung des sog. Asylbewerberleistungsgesetzes sämtliche Sozialleistungen gestrichen werden: keine Unterkunft, nichts zu essen, keine medizinische Versorgung, bei gleichzeitigem Arbeitsverbot.

Flüchtlinge, die aus humanitären oder ausländerrechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, sollen durch Aushungern zur Ausreise gezwungen werden. Doch den Flüchtlingen, die oft aus Bürgerkriegs- oder Krisengebieten, in Todesangst und unter Lebensgefahr hierher geflohen sind, bleibt auch dann meist nichts anderes übrig, als hierzubleiben und sich irgendwie durchzuschlagen. Das neue Gesetz wird Flüchtlinge vor die Alternative stellen, entweder zu verelenden oder das nackte Überleben durch illegale Arbeit zu sichern, in der sie rechtlos Gewalt, Ausbeutung, Verfolgung und Kriminalisierung ausgesetzt werden. So wird bewusst einkalkuliert, dass die Rechtlosigkeit und Illegalisierung von Menschen in unserer Gesellschaft - die angeblich bekämpft werden soll - mit diesem Gesetz erst ausgeweitet und abgesichert wird.

Obwohl die ExpertInnenanhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestages Ende April 1998 verdeutlicht hat, wie gefährlich, grundgesetz- und menschenrechtsfeindlich die rechtlichen und praktischen Konsequenzen der geplanten Änderungen sind, wollen die Verantwortlichen trotzdem das neue Gesetz noch schnell durchziehen. Die Ausgrenzung, Illegalisierung und Kriminalisierung von jetzt schon fast rechtlosen Menschen eignet sich für den Wahlkampf offensichtlich nur in der Verkehrung der Wirklichkeit: die Opfer des Unrechts werden zu den VerursacherInnen gemacht.

Betroffen sind – außer den voraussichtlich bis nächsten Sommer von der Sozialhilfestreichung ausgenommenen 180.000 bosnischen Kriegsflüchtlingen – bundesweit ca. 50.000 bis 100.000 vor den serbischen Machthabern aus dem **Kosovo** geflohene Angehörige der albanischen Volksgruppe.

Gestrichen werden soll die Sozialhilfe weiterhin für ehemalige AsylbewerberInnen mit Duldung aus allen anderen Herkunftsländern. Betroffen davon sind zahlreiche weitere Gruppen, wie z.B. die ehemaligen VertragsarbeiterInnen der DDR und AsylbewerberInnen aus **Vietnam**, Kriegsflüchtlinge aus **Afghanistan,** geduldete Flüchtlinge aus der **Türkei**, dem **Irak**, dem **Libanon**, **Algerien**, **Angola**, **Somalia**, usw. usw.

Gestrichen werden **soll die Sozialhilfe schließlich auch, wenn Betroffene aus humanitären Gründen oder aus Gründen des öffentlichen Interesses** eine Duldung erhalten haben; etwa wegen **Heirat** mit einer/em Deutschen, als **Zeugin in Menschenhandelsprozessen** usw. Ausnahmen (d.h. Weiterzahlung der Sozialhilfe) sind allenfalls möglich, soweit jemand akut („reiseunfähig") krank und behandlungsbedürftig ist.

Die SPD hält im Bundesrat die Mehrheit. Unter Federführung des niedersächsischen Innenministers Glogowski hat die SPD im Bundesrat den Vorschlag zur Streichung der Sozialhilfe selbst eingebracht. Erst im nachhinein und aufgrund der massiven Proteste kamen bei vielen SPD- und einigen anderen ParteivertreterInnen Zweifel darüber auf, wozu sie ihre Zustimmung im Bundesrat gegeben hatten.

Mit Hilfe der Stimmen des Berliner Senats im Bundesrat könnte die Berliner SPD - entsprechend dem Willen des Berliner Abgeordentenhauses, das am 5.2. 98 den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS ablehnte - das Gesetz doch noch verhindern: **INDEM SIE DAGEGEN STIMMT** ! Dann nämlich müssten sich die Berliner VertreterInnen im Bundesrat entsprechend der Koalitionsvereinbarung enthalten.

Auch wenn zu befürchten ist, dass die Berliner SPD-SenatorInnen zustimmen:

Die SPD kann das Gesetz – *wenn sie will* – verhindern !

- **Wir fordern die Berliner SPD-SenatorInnen und alle SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf, der Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes eine klare Absage zu erteilen!**

- **Die betroffenen AusländerInnen und Flüchtlinge müssen eine Arbeitserlaubnis erhalten!**

- **Das Asylbewerberleistungsgesetz darf nicht weiter verschlechtert werden - es muss abgeschafft werden! Solange die betroffenen AusländerInnen und Flüchtlinge keine Arbeit finden bzw. nicht arbeiten können, muss Sozialhilfe in gleicher Höhe wie für Deutsche gezahlt werden!**

- Keine Einweisung von Flüchtlingen in Sammel- oder Internierungslager!

Kein Mensch ist illegal !

Zur Kundgebung ruft auf: ein breites Bündnis von polit. Organisationen und Gruppen. Dieser Aufruf wird unterstützt von: Berliner Bündnis gegen das „Asylbewerberleistungsgesetz", Flüchtlingsrat Berlin, Ini gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, Antirassistische Initiative Berlin....

VERÄNDERTE SITUATION/ ANDERER BLICKWINKEL

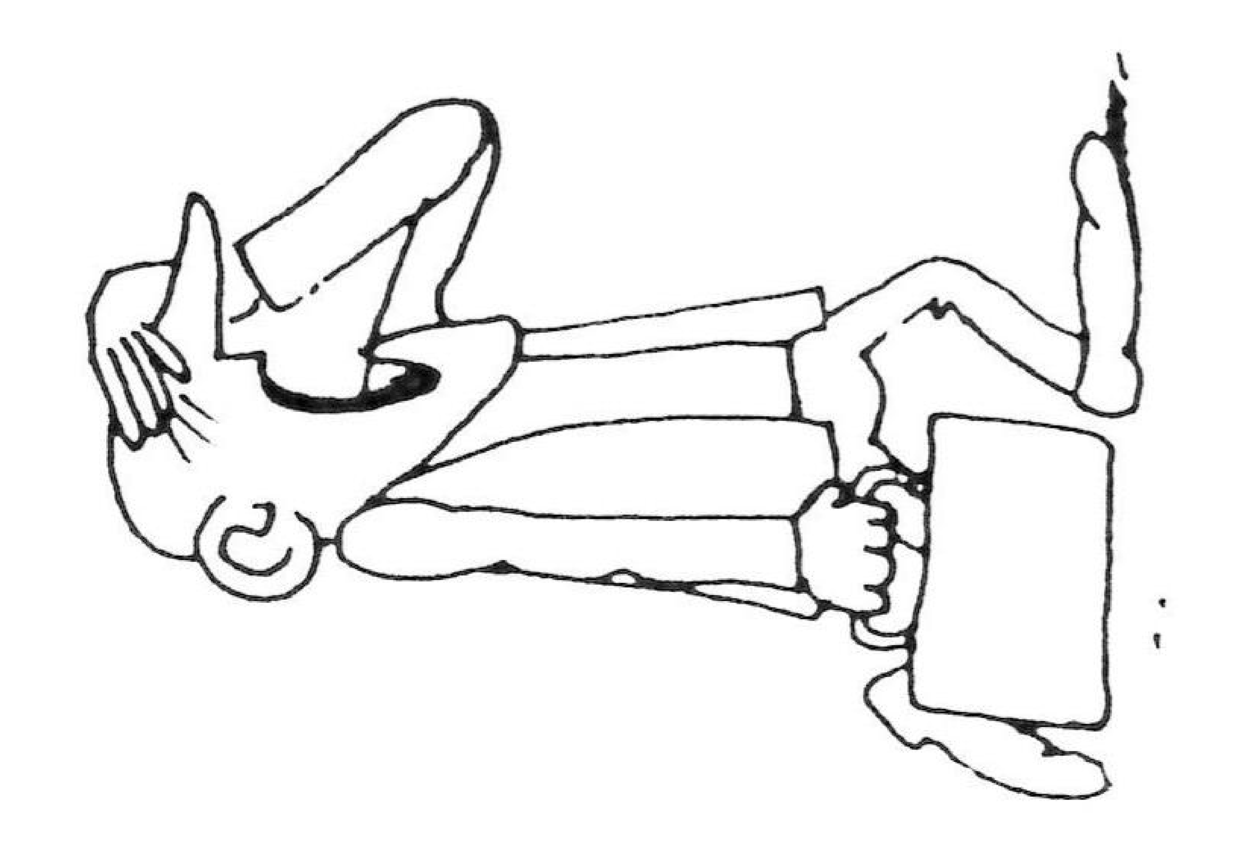
Wir reagieren auf den Text eines autonomen Jugendzusammenhanges aus der Interim 446, welcher einforderte, sich zu der veränderten Situation von und um Pipo/ Andreas Kuhrt zu verhalten, bzw. zu äußern. Besonders angesprochen war die "Szeneprominenz", die Pipo lange Zeit Deckung gab und sich nun gar nicht mehr meldet. Wir sind ein paar Leute, die sich nie so richtig öffentlich hinter Pipo gestellt haben und dennoch eine Aburteilung von ihm als Päderast/ Mißbraucher für nicht gerechtfertigt ansahen. Das hatte vor allem und eigentlich nur damit zu tun, daß Pipos alter Zusammenhang sich geschlossen (so sah es damals nach außen aus) hinter ihn gestellt hat. Wir gehörten zu denen, die die Aussagen und Einschätzungen von Pipos Freunden ernst genommen haben und es deshalb für richtig hielten, der Geamtstruktur (Macht- und Erfahrungsgefälle) zwar mit Skepsis gegenüberzustehen, das Ganze aber nicht "abstrakt" als Mißbrauch zu deklarieren. Es soll nicht zynisch klingen, aber es gab damals keine Opfer, die irgendwas in der Richtung öffentlich gemacht hätten (und damit wollen wir lediglich die Problematik beschreiben und nicht so tun, als wüßten wir nicht, daß das "outen" und "verstehen" des selbst Erlebten manchmal Jahrzehnte dauert).

Einige von uns haben sich diese Positionierung nicht leicht gemacht, haben Gespräche geführt mit "der Fraktion gegen Nebenwidersprüche" bzw. einzelnen Leuten daraus, mit Jugendlichen, die dicht dran waren, aber auch mit Pipo. Pipo schien uns dabei sogar streckenweise sehr glaubwürdig, seine Ausführungen schienen offen und ehrlich, kein Rumgedruckse oder Ausweichen. Hinzu kam, daß er in der Antifa - Szene durchaus anerkannt war und als durchaus vertrauenswürdig galt, nicht zuletzt durch lange Szenezugehörigkeit und "fachliche Kompetenz". All das ist letztenendes ein bitterer Beleg für das eigene hierarchische Denken in unseren altgedienten Szeneköpfen, was wir eigentlich und oft genug gar nicht wahr haben wollen.

An den schriftlichen Auseinandersetzungen in der Interim haben wir uns nicht beteiligt, was eher ein Beleg dafür ist, daß wir auch verunsichert waren mit dieser ganzen Geschichte und zeitweilig Mechanismen von Verdrängung und "hoffentlich verschwindet das Thema bald wieder" einsetzten.

Heute, spätestens mit der Veröffentlichung von Pipos Photo und Namen und vor allem den dazugehörigen Informationen in der Interim 439, stellt sich die ganze Sache auch für uns anders da. Natürlich hat Pipo nach dieser Veröffentlichung auch von uns nichts mehr zu erwarten. Natürlich decken wir in keinster Art und Weise solche Fälle von Mißbrauch, natürlich sind wir aber auch mitverantwortlich für die Zeiträume und den Verlauf bis jetzt. Es ist offensichtlich zu lange gezögert worden, aber wir werden nach wie vor das Problem haben, eine "Früherkennung" so klar zu benennen. Das heißt, daß wir nun hier mit der Klarheit stehen, daß Pipo Päderast/ Mißbraucher und Täter ist und daß wir insgesamt sehr viel mehr sensibilisiert sind, aber daß wir gleichzeitig keine Antwort darauf haben, wie generell (Betonung auf generell) mit Beziehungen von Alten zu Jungen umzugehen ist. Wie groß darf denn das Altersgefälle sein und ab wann ist jemand alt genug, um selbst zu entscheiden ?! Wir merken, daß uns "generell" wenig einfällt, aber "generell" unsere Alarmglocken früher angehen als noch vor einem Jahr. Die knappen Zu- bzw. Eingeständnisse, die wir hier machen, sind nur Aufarbeitung und helfen niemandem so richtig, aber sie zeigen hoffentlich, daß Positionen und Blickwinkel sich verändern können, wenn es die Bereitschaft gibt, sich zu streiten und sich offensiv mit Widersprüchen zu konfrontieren, in diesem Sinne Danke für die Aufforderung, dieses statement niederzuschreiben und auch von uns ein KAMPF DEM DESINTERESSE (FAULHEIT ist eigentlich okay!)

einige alte "Szeneprominenz" (wenn ihr das unbedingt so nennen müßt) und noch ein paar, die diesen Begriff ganz scheiße finden!



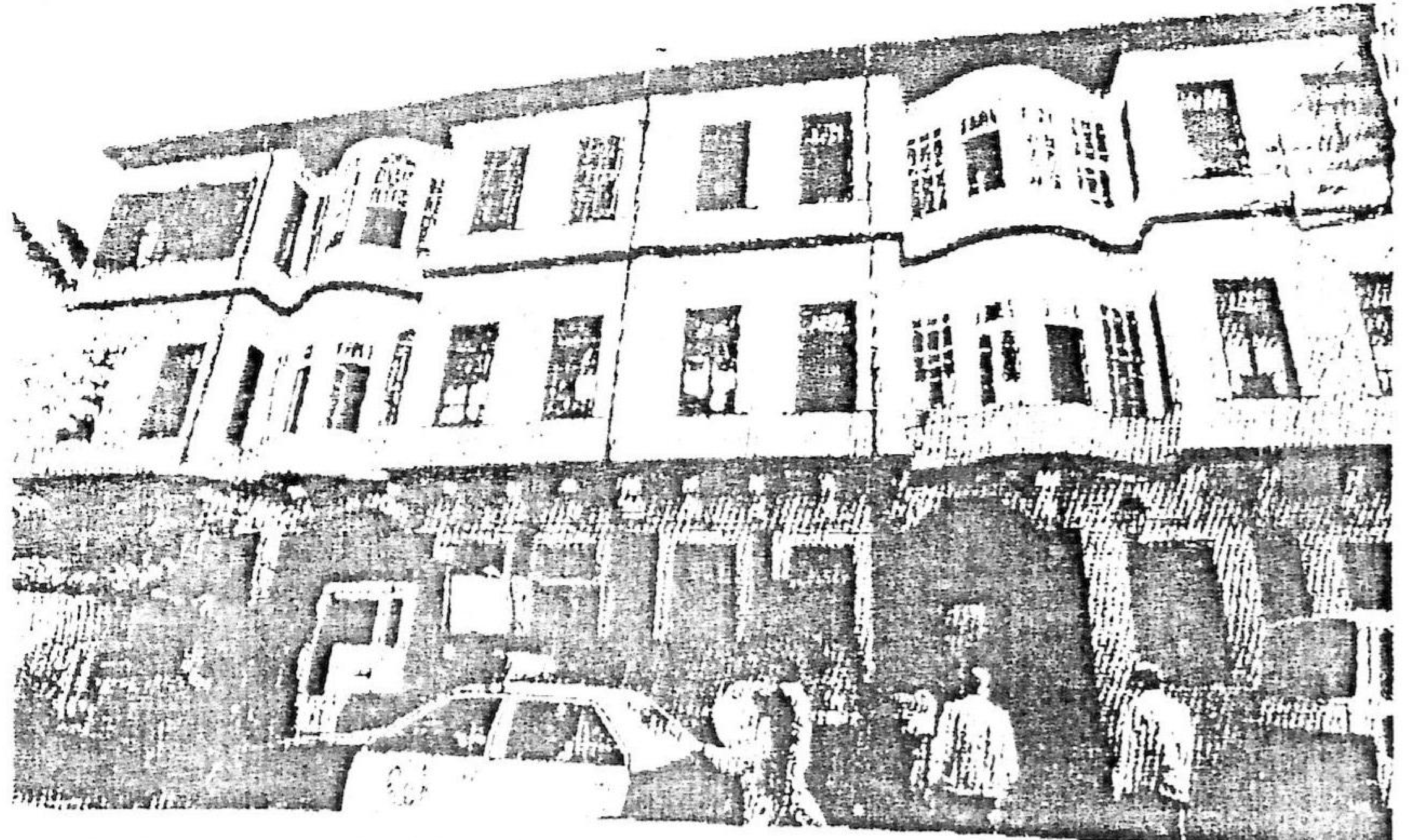
betr.:Pädophiliediskussion 95 und 96 in diversen Interims sowie die Nr.445 über den Päderasten xy bzw. Pipo - oder:Aus Fehlern lernen...??!!

===

Mich hat die Stellungnahme der Jugendlichen in der Interim Nr.445 sehr geschockt.- Meine erste Reaktion:Scheiße...und ich habe den Typen damals auch noch verteidigt!
Denn ich habe in der Interim Nr.269 als "L." und in der Nr.351 und 368 als "ein an der Diskussion interessierter und beteiligter Mann" u.a. geschrieben,daß Machtstrukturen im Falle xy ganz klar da sind,daß diese zu (Macht-)Mißbrauch führen können aber nicht zwangsläufig m ü s s e n. Durch meinen (rückblickend betrachtet sehr oberflächlichen)Eindruck,den ich von Pipo und den Jugendlichen hatte,kam ich zu dem Entschluß,daß hier keine Mißbrauchsstruktur vorliegt und daß ich es sinnvoller fände über andere und besonders eigene Machtstrukturen zu reden/schreiben.
Wie gesagt,das war leider eine Fehleinschätzung.-Einziger Trost für mich ist da sicher noch,daß ich mit der Fehleinschätzung nicht der/die einzige war.Mir sind da noch so klangvolle Namen wie "Frauen ohne weiße Weste" und "Schwule Antifa" im Ohr.Auch einige andere Antifagruppen standen wohl Pipo wohlwollend gegenüber,auch wenn sie sich (geschickterweise?) nie öffentlich geäußert haben.
Warum ich das jetzt aufführe?-Nun,ich habe die halböffentliche Stellungnahme 'Sinneswandel' der Jugendlichen(s.Nr.445) bestellt und gelesen und mich auch mit einem Jugendlichen getroffen.Bestürzt hat mich dabei,daß ich bisher der einzige (eine 'die' gab es auch nicht) war,der das Papier angefordert hatte und der sich mit den Jugendlichen,speziell auch über das [illegible] Verhalten der Scene,auseinandersetzen wollte.
[illegible]endwie geht's [illegible] so nicht,oder?-Schließlich haben wir uns mehrere Monate wie blöde gefetzt...und jetzt tun wir so als ob nie was gewesen wäre.Gerade wo jetzt Pipo [illegible] ist,wo es jetzt nicht mehr um für/gegen. Mensch/Schwein,Täterschützerinn[illegible]/PC-Autonome geht,also die Konfrontation draußen ist,ist es meiner Meinung nach Zeit für ein Fazit...Lehren aus dem Fall xy/Pipo zu ziehen.
Denn wenn es stimmt,daß Pipo nur die Spitze des Pad[illegible]berges in der linken Scene ist,ist es dringend notwendig aus den Feh[illegible] zu lernen...!!!!...vielleicht 'ne kleine Diskussionsveranstaltung.

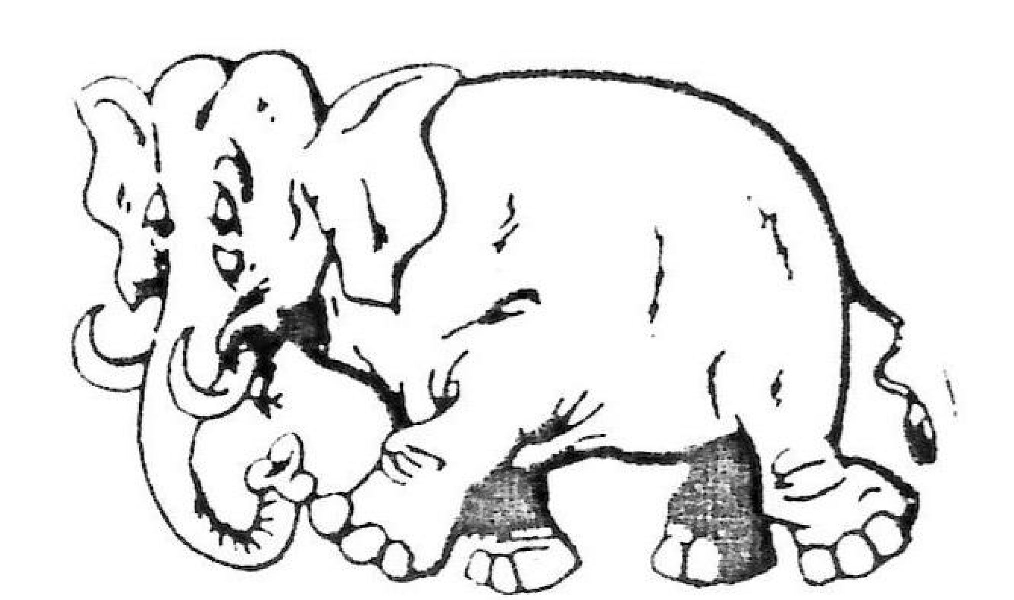
Ein an der Diskussion interessierter und beteiligter Mann

Der Kampf geht weiter ! "Villa Barbara" in Thessaloniki



Nach fast 4 einhalb Jahren Besetzung wurde am Do. 23. April völlig überraschend das politisch - kulturelle Zentrum "Villa Barbara" geräumt. In einer Kommandoaktion stürmten vermummte Antiterror - bullen mit gezogenen Knarren das Haus, schmissen die 13 zu diesem Zeitpunkt anwesenden Personen aus dem Bett und brachen der schwangeren Katze des Hauses das Genick. Insgesamt 300 Bullen aller möglichen Sondereinsatzkommandos hatten ab 6 Uhr die Umgebung be - setzt um jede Annäherung an das Haus zu unterbinden. Um 7 Uhr05 wurde auf die wohl weltweit gleiche Art und Weise gestürmt. Unter den 13 Festgenommenen befand sich auch der 86 jährige Genosse "Barba Georgi", dessen eigenes Haus vor einem Monat abgebrannt war, und der daraufhin in die "Villa Barbara" gezogen war. Direkt nach der Festnahme und dem Abtransport der BesetzerInnen, begannen Bullen und städtische Bautrupps ihr Werk der Zerstörung. Möbel und Kleider wurden aus dem dritten Stock auf die Straße geschmissen, die Fenster zerschlagen, die Türen ausgebaut. Schon nach wenigen Stunden war das Haus absolut leergeräumt, ohne Türen, Fenster und Instalationen unbewohnbar gemacht. Trotz dieser vollendeten Tat - sachen sind auch nach 2 Tagen noch immer 100 MAT Bullen (wie SEK) um's Haus verteilt, und an allen strategisch wichtigen Punkten in der Stadt (Zentrum, Rathaus, Uni) stehen vollbesetzte Wannen.

"Villa Barbara" wurde am 3. Januar 1994 besetzt und entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem der wichtigsten Zentren der anarchistischen Bewegung in Griechenland. Darüber hinaus war das Haus Anlaufpunkt für Menschen aus aller Welt. Außer den dauerhaften BewohnerInnen, bot es immer wieder Platz für bis zu 30 BesucherInnen, beherbergte eine Kneipe, eine Motorradwerkstatt, eine linke Leih - bücherei und eine Theaterwerkstatt. Im Haus fanden ungezählte Konzerte, politische und kulturelle Veranstaltungen, Feste und im großen Hof Sommerkino statt. Die im Spätsommer '96 angekündigte Räumung wurde durch eine Breit verankerte Kampagne verhindert. Über 4 Monate bestimmten Veranstaltungen, Plakat- und Sprühaktionen und Demonstrationen für den Erhalt des Hauses das politische Klima in der Stadt. Eine internationale Faxkampagne legte für zwei Wochen die Geräte der Stadtverwaltung lahm. Unter diesen Voraussetzungen und mit der Hoffnung auf ein ruhiges 1997 - Thessaloniki war "europäische Kulturhauptstadt" - war es nicht möglich das Haus zu räumen. In der Folgezeit entwickelte sich "Villa Barbara" zum Kristalisationspunkt für den Widerstand gegen die Zerstörung der Altstadt (Ano Poli) und war Ausgangspunkt für zwei neue Besetzungen (Okt./Nov.97) in diesem Stadtteil. Da auch die weiteren Aktionen im Viertel fast ohne staatliche Reaktion blieben, gab es die - wie sich jetzt erweist - fatale Fehleinschätzung, daß bis zu den Kommunalwahlen im Oktober keine Räumungsgefahr besteht. Der nun erfolgte Überraschungsschlag war auch zeitlich gut gewählt, fällt er doch in die Woche nach dem orthodoxen Osterfest, wo traditions-bedingt alle die Stadt verlassen, um auf dem Dorf Verwandte zu besuchen. Diese auch in der Szene verankerte Tradition, der Über - raschungsefekt und die über Ostern geschlossen Universität bedeuten einen großen Vorteil für Stadt und Bullen. Doch die Mobilisierung läuft langsam an. Am Abend der Räumung demonstrierten 150 Menschen vor dem scharf bewachten und völlig zerstörten Haus. Die anschliesende Nachtdemo verlief mit dem in Griechenland bisher fast unbekannten Spalier. In den folgenden Tagen werden Nadelstiche in der ganzen Stadt erfolgen, am So.26. ein "Happening" auf dem Platz vor dem Haus und am Di.28. eine griechenlandweite Demonstration durch die Altstadt.



Junge Leute bewerfen Polizisten in Prag ...

Prag (AP) – Bei Zusammenstößen mit rund 2.000 jugendlichen Demonstranten sind in Prag 22 Polizisten verletzt worden. 64 Personen wurden festgenommen, als es während der zunächst friedlichen Kundgebung zu Ausschreitungen kam, wie eine Polizeisprecherin gestern berichtete. Die Demonstration gegen den Einfluß internationaler Konzerne auf die Umwelt war von den Behörden genehmigt worden. Umweltorganisationen distanzierten sich von den gewalttätigen Protesten. Unter den Organisatoren waren das Tschechoslowakische Anarchistische Bündnis und die radikale Umweltbewegung „Erde Zuerst".



Protest gegen WTO

■ Festnahmen bei Demonstrationen zum 50. Geburtstag. Karawane aufgelöst

Genf/Berlin (AFP/AP/taz) – Einige tausend Menschen haben am Samstag in Genf gegen die für Montag geplante Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) protestiert. Die Veranstalter „People's Global Action" sprachen von rund 4.000 Teilnehmern. Die Demonstranten waren einem Aufruf der „Weltweiten Aktion der Völker" gefolgt. Sie schwenkten Schilder, auf denen unter anderem zu lesen war: „Die WTO tötet die Menschen, tötet die WTO." Auch gegen das derzeit verhandelte weltweite Investitionsabkommen MAI wendet sich die Aktion. In der Nacht zum Sonntag gingen dann diverse Schaufenster in Genf zu Bruch: Autos wurden angezündet. Die Polizei ging mit Tränengas vor und verhaftete über 20 Personen.

Am Montag kommen in Genf die Handelsminister der 132 WTO-Mitgliedstaaten zusammen. Auch US-Präsident Bill Clinton wird zu einer Rede anläßlich des 50. Geburtstags des internationalen Handelsabkommens erwartet. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) war 1947 aus der Taufe gehoben worden, um weltweit Zölle und Handelsbarrieren abzubauen. Die WTO ist seine Nachfolgeorganisation und wurde 1995 gegründet. WTO-Abkommen verbieten oft auch Umweltstandards als unerlaubtes Handelshemmnis.

Schon am Donnerstag wurde die Karawane „Geld oder Leben" bei Oberwangen im Kanton Bern aufgelöst. Die gut 60 Menschen waren seit Mitte April mit Treckern, Lkw und Fahrrädern aus ganz Deutschland nach Genf zum WTO-Geburtstag unterwegs. Auf dem Weg veranstalteten sie Happenings, so auch vor dem Frauengefängnis im Kanton. Daraufhin umstellten etwa 100 Polizisten samt Hunden den Zug: 26 Deutsche wurden abgeschoben. **rem**

Hände weg von Norma und Isaac Velazco

Am 5. Mai durchsuchten Polizei und Bundeskriminalamt neun Stunden lang die Wohnung der peruanischen MigrantInnen Norma und Isaac Velazco. Arbeitsmaterialien wurden beschlagnahmt und die Computerfestplatte wurde kopiert. Isaac Velaczo ist Europasprechers der peruanischen Bewegung Tupac Amaru (MRTA). Es war nicht der erste Kriminalisierungsversuch gegen ihn. Die Hamburger Innenbehörde verhängte im letzten Herbst ein politisches Betätigungsverbot gegen ihn. Weil Velazcos Anwalt Widerspruch eingelegt hat, ist es noch nicht in Kraft getreten. Jetzt wirft die Bundesanwaltschaft den Velazcos Beihilfe zu erpresserischen Menschenraub und Geiselnahme vor. Von Hamburg aus sollen sie an der Besetzung der japanischen Botschaft durch ein MRTA-Kommando in Lima im letzten Jahr beteiligt gewesen sein. Ein Haftbefehl sei nicht ausgeschlossen, erklärt die BAW.
Mit Isaac Velazco soll ein Mann mundtot gemacht werden, der jahrelang in der Linken seines Heimatlandes Peru aktiv war, u.a. in der Bewegung Tupac Amaru (MRTA). Während des Kampfes verlor er sein Augenlicht, wurde mehrmals verhaftet, gefoltert und mit dem Tode bedroht. Mit Hilfe von GenossInnen konnte er illegal aus Peru fliehen. Seit Anfang der 90er Jahre ist er in Hamburg als politischer Flüchtling anerkannt. Auch dort setzten die Velazcos die politische Arbeit fort. Während führende Wirtschaftskreise bei Fujimoris Besuch im letzten Herbst die guten Beziehungen ausbauen wollten, organisierten sie mit GenossInnen Gegenaktionen. Sie prangerten das Fujimori-Regime an, dessen politische Maxime Repression & Neoliberalismus heißt.
Nachdem ein Kommando der MRTA im letzten Dezember die japanische Botschaft in Lima besetzt hatte, um im Umtausch mit den gefangen Gehaltenen die Freilassung von 400 politischen Gefangenen forderte, appellierten die Velazcos in Veranstaltungen in Interviews und in Debattenbeiträgen immer wieder an die demokratische Öffentlichkeit, durch Druck auf das peruanische Regime zu einer friedlichen Lösung der Botschaftsbesetzung beizutragen. Wie bekannt, war der Druck zu schwach. Fujimori ließ nach dem Sturm auf die Botschaft alle Mitglieder des MRTA-Kommandos liquidieren. Auch die Bonner Regierung äußerte sich sehr zufrieden über diesen Ausgang.
Mit der Kriminalisierung von Norma und Isaac Velazco stellen sich die Bonner und Hamburger Behörden auf Seiten der Fujimori-Diktatur. Das hat Tradition. Schon Fujimoris Vorgänger Alan Garcia ließ 1986 Hunderte revoltierende politische Gefangenen liquideren, während die Sozialistische Internationale unter Vorsitz des damaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Lima tagte.
Auftstandsbekämpfungsstrategen aus Peru ließen sich 1990 im Knast Köln/Ossendorf über die Isolationsmaßnahmen gegen die Gefangenen informieren.
Als Anfang Juni '97 eine Delegation der Angehörigen von politischen Gefangenen gemeinsam mit den Madres de Plaza de Mayo aus Argentinien an einer Rundreise durch die BRD teilnehmen wollten, verweigerte ihnen das Bonner Außenministerium die Einreise.
Wir erwarten von den Herrschenden auch nichts Anderes. Aber wir hoffen, daß genügend Menschen Mittel und Wege finden werden, um die Kriminalisierung der Velazcos zu verhindern. Wir halten die Aktion von Schweizer InternationalistInnen in dieser Beziehung für beispielhaft.

Laßt uns der Kumpanei der Aufstandsbekämpfungsstrategen die internationale Solidarität entgegensetzen!

Wer in Kontakt mit uns treten will:
Gruppe Venceremos, c/o Kopierladen M99, Manteuffelstraße 96, 10997 Berlin

Schnellverfahren und Hauptverhandlungshaft:

Anmerkungen zu einem Artikel im Antifaschistischen INFO-Blatt Nr. 41/97



■ Seit 1994 gibt es das neue sog. „Schnellverfahren" („beschleunigtes Verfahren", §§ 417ff StPO) und seit 1997 die neue sog. „Hauptverhandlungshaft" (§ 127 b StPO).

Mit dem Schnellverfahren soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß „auf frischer Tat" gefasste Straftäter sofort nach der Festnahme, i.d.R. am nächsten Tag, vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Dazu sind prozessuale Schutzrechte der Angeklagten massiv eingeschränkt worden, z.B. braucht keine schriftliche Anklage erstellt zu werden, die Beweiserhebung ist eingeschränkt, ZeugInnen müssen nicht unmittelbar aussagen, sondern es kann aufgrund verlesener Vernehmungsprotokolle verurteilt werden usw. Voraussetzung für ein Schnellverfahren ist „einfacher Sachverhalt" und „klare Beweislage". Das Schnellverfahren wurde eingeführt mit dem ausdrücklichen Hinweis, es sei geeignet u.a. für „reisende Gewalttäter", also DemonstrantInnen.

Da sich schnell herausstellte, daß die wenigsten Menschen einen solchen „kurzen Prozeß" freiwillig mitmachten und zum Schnellprozeß oft einfach nicht erschienen, wurde diese Vorschrift ergänzt durch die Hauptverhandlungshaft. Danach kann ein Festgenommener, der für ein Schnellverfahren vorgesehen ist, bis dahin (bis zu einer Woche) auch ohne „Haftgrund" (das ist: Fluchtgefahr oder Verdunklungsgefahr, die Gründe, aus denen Untersuchungshaft verhängt werden kann) eingeknastet werden. Dieses Institut ist auch unter bürgerlichen JuristInnen umstritten, da hier einige Tage Haft für Delikte verhängt werden, für die als Strafe höchstens Geldstrafe in Betracht käme.

Diese Instrumente werden in neuster Zeit tatsächlich gegen uns angewandt: vgl. z.B. taz vom 24.3.98, S.9: 2 mal vom Amtsgericht Heilbronn (wegen Anti-Castor-Aktionen); bekannt sind uns weitere Fälle aus Erfurt (Anti-Autobahn), München und Göttingen (jeweils Antifa), alle aus den letzten Monaten. Wir müssen uns also damit beschäftigen, darüber aufklären, Verhaltenstips erarbeiten und weitergeben und gegen die Vorschriften und ihre Anwendung politisch Druck machen. Insofern ist es höchst erfreulich, wenn im Antifaschistischen INFO-Blatt ein Artikel dazu mit Verhaltenstips erscheint und dieser auch in Rote-Hilfe-Publikationen (z.B. Regionalinfo Lingen) nachgedruckt wird. Dieser Artikel ist auch zu zwei Dritteln gut und nützlich, enthält jedoch in seinem letzten Drittel Verhaltensvorschläge, denen wir deutlich widersprechen!

Zunächst weist der Artikel ganz richtig darauf hin, daß Betroffene auf jeden Fall einen Anwalt oder eine Anwältin verlangen sollten. Für den Fall, daß sie das Schnellverfahren gegen Euch durchziehen wollen, ohne daß Ihr einen Anwalt habt, wird in dem Artikel gesagt, daß Ihr „Anträge stellen müßt, um das Verfahren doch noch abzuwenden"; es wird empfohlen, sich dabei auf „Artikel 6 Absatz 3 b der Menschenrechtskonvention" zu berufen; es wird weiter empfohlen, Beweisanträge zu stellen und sogar ZeugInnen zu Deiner Entlastung zu benennen, etwa in der Art: „XY war auch dabei und kann bezeugen, daß ich nicht...". Das halten wir für grundfalsch und saugefährlich!

Die Rote Hilfe rät zur konsequenten und umfassenden Aussageverweigerung, egal ob als Zeuge oder Beschuldigte, egal ob vor Polizei, Staatsanwaltschaft oder Richter! Auf jeden Fall solange, bis Gelegenheit zu ungestörtem Anwaltsgespräch und zu ruhigem Überlegen ist: auf garkeinen Fall also irgendetwas sagen, nachdem Du überraschend verhaftet wurdest und/oder eine Nacht im Knast verbracht hast! *Name, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Beruf (allgemein) und Familienstand* – das sind die „Angaben zur Person" und sonst nix! Die einzigen Worte, die darüberhinaus über unsere Lippen kommen sind allein: „Ich verweigere die Aussage!" und „Ich will sofort eine Anwältin sprechen!".

Erstmal ist es nicht nötig, sich auf irgendetwas zu berufen oder irgendwelche Anträge zu stellen! Wer garnichts sagt, gerät auch nicht in Gefahr, zu irgendetwas sein „Einverständnis" zu geben, z.B. zur Verlesung von Aussagen oder zum Rechtsmittelverzicht – Schweigen reicht, entgegen dem Eindruck, den der Artikel erweckt, wenn er schreibt: „Die Zustimmung dazu müßt Ihr natürlich verweigern.". Ob das Verfahren gegen die Menschenrechtskonvention verstößt (die „ausreichende Gelegenheit zur Verteidigung" vorschreibt), sollte mal in einem geeigneten Fall vor einen Europäischen Gerichtshof getragen werden, die Rote Hilfe wäre bei der Finanzierung eines Musterprozesses sicherlich dabei – dafür ist es aber völlig unerheblich, ob die Betroffene sich am Anfang darauf berufen hat oder nicht! Auch wird der Richter, der Dich verurteilen will (und schon nicht einmal auf Deine Anwältin wartet!), sich auch nicht von einem solchen Hinweis plötzlich einschüchtern lassen und das Verfahren abbrechen. Die Berufung darauf ist schlicht überflüssig und mensch sollte Leute, die auf 'ne Demo gehen wollen, nicht noch damit belasten, sie müssten sich Artikel der Menschenrechtskonvention o.ä. merken, weil es wichtig sei, sie gegebenenfalls parat zu haben – diesen Eindruck erweckt der Artikel aber („Ihr müßt einen Antrag mit folgendem Wortlaut schreiben..."; „Ihr müßt als allererstes darauf bestehen...") und das ist, Stichwort „Angstmachen", eher kontraproduktiv! *Keine Aussagen außer Personalien machen, EA- und/oder Anwalts-Telefonnummer parat haben*, das ist alles, was DemonstrantIn „im Fall des Falles" wirklich draufhaben muß, sonst nix!

Richtig falsch und gefährlich werden die Ratschläge aber unsrer Meinung nach dort, wo geraten wird, ZeugInnen zu benennen: Damit reitet Ihr andere mit rein! Um Himmels Willen nicht sagen, wer („Name, Adresse...") wo dabeiwar! Daß das erstens nichts nutzt und zweitens schadet, ist schon in o.g. taz-Artikel nachlesbar: Trotz 3 von ihm benannter EntlastungszeugInnen wurde der Angeklagte verurteilt und die drei EntlastungszeugInnen noch im Gerichtssaal festgenommen und angeklagt wegen Meineides! Auch wenn's nicht ganz so schlimm kommt: etwas

Besseres kann den Repressionsorganen garnicht passieren, als wenn wir unter diesen Bedingungen (Verhaftung bei der Aktion, Nacht im Knast, unberaten, ohne Rücksprache mit Freunden, politischen Gruppen, EA, Roter Hilfe...) zu plaudern beginnen, ihnen alles erzählen, von dem wir glauben (ohne irgendwelche Akten gesehen zu haben!), es könnte uns entlasten o.ä. Dann hätten sie ein wichtiges Ziel des Schnellverfahrens, nämlich zu verhindern, daß unsere Soli- und Prozeßvorbereitungs-Strukuren zu greifen beginnen, erreicht!

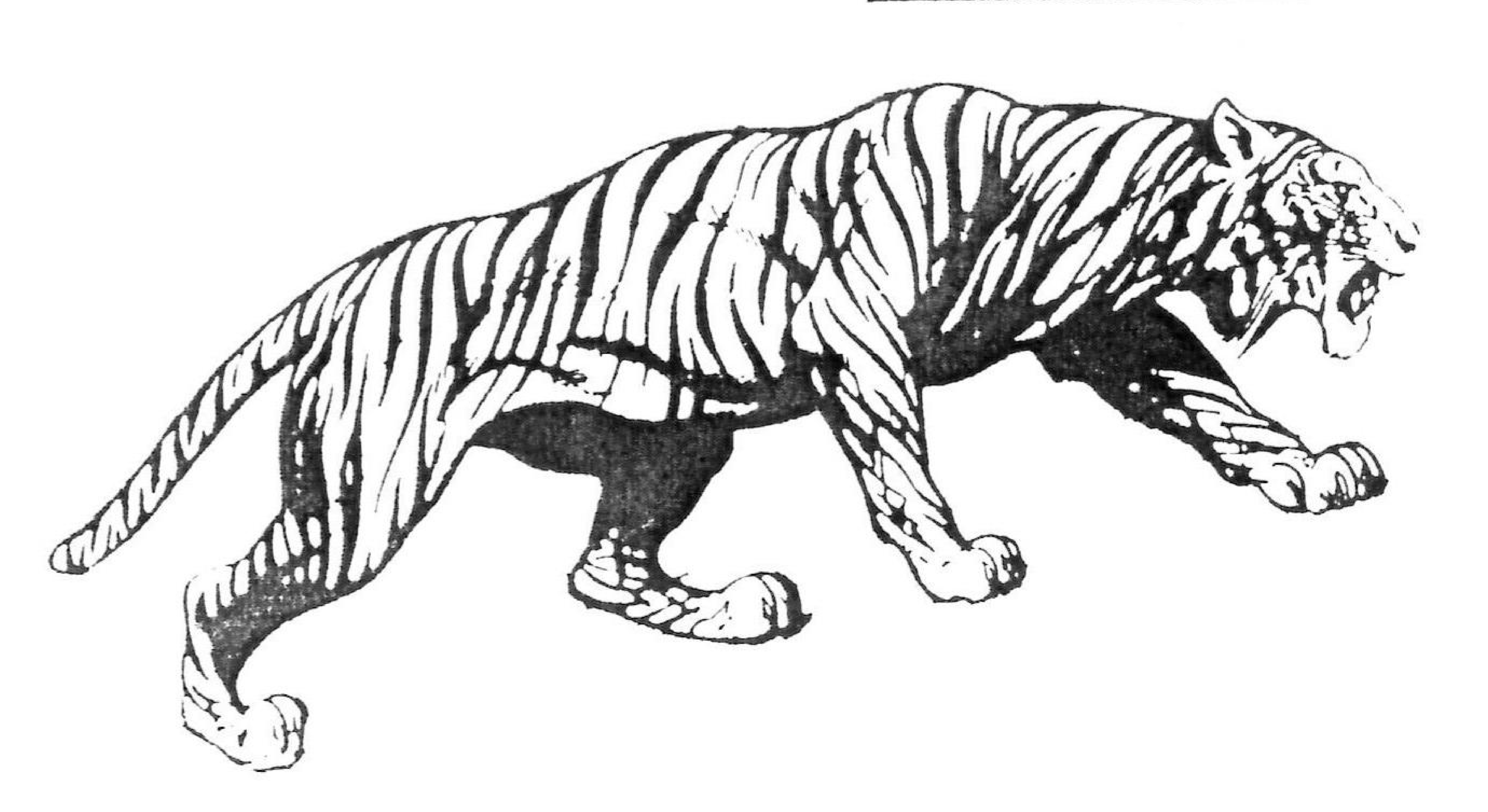
Was stattdessen? Jede Aussage verweigern, immer wieder nach dem Anwalt verlangen! Möglicherweise werden sie schon, wenn sie merken, daß Du konsequent und nicht einzuschüchtern bist, auf ein Schnellverfahren verzichten, dies ist ja für „einfache Sachverhalte" gedacht. Wenn sie es dennoch durchführen wollen, kannst Du sie in dieser Situation nicht daran hindern – dann lass' es über Dich ergehen wie einen Regenschauer. Unmittelbar danach ist erstmal Ruhe, sie lassen Dich raus und Du kannst sofort zur Anwältin/EA/Roter Hilfe, Du legst innerhalb von einer Woche Berufung ein und bereitest Dich in aller Ruhe auf den Berufungsprozeß vor. (Sollte die Berufung in Bagatellverfahren wegen § 313 StPO ausnahmsweise nicht möglich sein, so wäre dies ein Fall, der einmal bis in die höchste Instanz getrieben und öffentlich besonders angeprangert werden müsste! Das Schlimmste aber, was auch theoretisch in einem solchen Fall passieren kann, ist einen Geldstrafe von maximal 15 Tagessätzen.) Inhaltliche Anträge (Beweisanträge) solltest Du auf garkeinen Fall stellen! Eingelegte Proteste oder formale Anträge des ersten (Schnell-)Verfahrens spielen im Berufungsverfahren sowieso keine Rolle, aber was eine Rolle spielen kann, und zwar in der Regel gegen Dich, sind die gemachten Aussagen im ersten Verfahren, von Dir und von den ZeugInnen! Also: Keine Aussagen im Schnellverfahren, keine inhaltlichen Anträge (in denen in irgendeiner Weise zum Strafvorwurf Stellung genommen wird), vor allem keine ZeugInnen-Benennungen!!!

Zum Schluß:

Wir sind in der Verhaftungs-Situation immer die aktuell Schwächeren! Der Gegner bestimmt die Umstände, bis hin zur Raumtemperatur, der Beleuchtung, unserer Übermüdung usw. Unsere ganze Stärke zeigen wir hier, indem wir uns in ein Schneckenhaus zurückziehen und wie eine kaputte Schallplatte monoton „Ich mache keine Aussage" leiern – nicht, indem wir Bullen oder Richtern vorzuführen versuchen, was wir für ein toller Kerl sind oder was wir juristisch alles drauf haben. Wenn wir aber von der Situation, und auch das kommt mal vor, einmal nicht eingeschüchtert sein sollten und uns gut und stark fühlen, können wir andere Sachen machen, die sich nicht ihrer Regie unterwerfen und ihnen maximalen Ärger und Umstände verursachen: In Gefangenensammelstellen kann mensch oft die Einrichtung, die elektrische Anlage usw. zerlegen; niemand muß freiwillig in den Gerichtssaal gehen, mensch kann sich schleifen oder tragen lassen, mensch kann nachts einen Arzt verlangen und am nächsten Tag dagegen, daß keiner kam, protestieren; alles protokollieren lassen (solange sie dabei mitspielen); sich für gesundheitlich verhandlungsunfähig erklären; usw. Ihr könnt natürlich auch all die schönen formalen Anträge stellen, von denen in dem o.g. Artikel die Rede ist, z.B. die Verhandlung zu unterbrechen zwecks Verteidigungsvorbereitung, Befangenheitsanträge gegen RichterInnen u.ä. – die werden alle nichts nützen und vor allem: Ihr „müßt" das nicht, aber ihr könnt es tun und es schadet nichts. Mensch kann die Schnell-Verhandlung permanent stören, sich nicht setzen, ständig dazwischenrufen, auf den Tisch trommeln usw. – ob ein Schnellverfahren auch in Abwesenheit des wegen Störung ausgeschlossenen Angeklagten (§ 231 b StPO) überhaupt weitergeführt werden darf, ist bisher noch nicht ausprobiert worden!

Das Wichtigste ist aber, daß es den Repressionsorganen auch mithilfe dieses Mittels nicht gelingen darf, von uns Aussagen zu erpressen!

Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg



global street party

reclaim the streets

pressemitteilung

Wie in weltweit über 30 Städten auch, fand in Berlin am 16/05 eine **RECLAIM THE STREETS**-Party statt. Unter dem Motto *the resistance will be as transnational as capital* war seit Monaten dazu aufgerufen worden, diesen Tag anläßlich des WTO-Treffens in Genf zu nutzen, um dieser neuen alten Weltordnung und der damit verbundenen Ausbeutng und Zerstörung des Menschen und der Natur einen grenzenlosen Widerstand entgegenzusetzen.

Spaß kann auch Widerstand machen, sagten wir in Berlin - und den hatten wir. Rund 700 Menschen haben sich für ca. vier Stunden die Straße als öffentlichen Raum zurückerobert und gezeigt, was auf diesen sonst recht öden Orten alles gemacht werden kann: Ball spielen, tanzen, malen, trommeln, kiffen,...

Schnell und unbemerkt blockierten wir mit Hilfe von Autos, Bauzäunen, Tripods (das waren diese 6m hohen dreibeinigen Gerüste, auf denen sich 2 Menschen anketteten) und einem *critical mass*-Fahradzug die Kreuzung Memhardstr./Rosa-Luxemburgstr.

Im selben Moment beamten wir vom Treffpunkt zur Kreuzung und die DJ/anes fingen an, ihre Plattenteller zu drehen: die Party war in vollem Gange.

Neben dem Herumzappeln zu moderner Musik entwickelte sich das Verschönern von Fassaden und der Straße selbst zur Hauptfreizeitaktivität. Auffällig war, daß viele Kinder unter den TeilnehmerInnen waren - für die näxte Party sollten wir einen großen Sandkasten organisieren.

Die Bullen wussten mit dieser neuen Aktionsform nicht so recht umzugehen. Nachdem wir sie mit der schnellen Besetzung völlig überrumpelt hatten, schleppten sie zuerst SEK-Einheiten und Räumgerät an, hielten sich dann aber zurück und duldeten dumm und hilflos aus der Uniform schauend unsere illegale Zusammenrottung. Die ganze Aktion über straften wir die Cops mit Mißachtung, sie existierten für uns nicht.

Gegen 18 Uhr wurde das Soundsystem mit einem spontanen Zug in die Brunnenstraße in Sicherheit gebracht. Als die Party um 19 Uhr aufgelöst wurde, meinten die Cops noch 5 Leute gefangennehmen zu müssen, die im Laufe der Nacht freigelassen wurden. Ihnen werden Gefangenenbefreiung und Widerstand vorgeworfen. Selbstverständlich fordern wir die sofortige Einstellung etwaiger Ermittlungsverfahren und eine angemeßene Entschädigung.

Nachts besetzten wir noch ein leeres Fabrikgebäude in Kreuzberg und luden zu einer Siegesfeier.

Alles in Allem hat uns der Tag großen Spaß gemacht und wir halten die Aktion für gelungen. Wir haben eine neue Aktionsform ausprobiert, es entstand, wie Hakim Bey so schön sagt, eine *temporäre autonome zone*, die uns neue Freiräume und Möglichkeiten eröffnete, die auch genutzt wurden. Wir werden es wieder tun! In diesem Sinne: es wird viel passieren!

mehr Informationen unter :

HTTP://WWW.HRC.WMIN.AC.UK/CAMPAIGNS/RTS/

WIDER EXPO

FRAUENLESBENMÄDCHEN AKTIONSSOMMER

Vor Hitze geplättet, regungslos im Schatten rumhängen, gerade noch fähig zum Telephonhörer zu greifen, um 'ner Freundin zu erzählen, wie schrecklich alles ist ???????????

Dann doch lieber Spaß& Freude, Aktionen&Aktiönchen, reden über wichtige Themen und vegane Leckerlis für alle kochen. Was der Anlaß für diese absurde Sommergestalltung ist? "Die Natur, der Mensch und die Technik", vielleicht bekannter unter dem Sammelbegriff EXPO. Die EXPO2000 ist die Weltausstellung in Hannover, in der alle, die mal eben 60/70 Maak für 'ne Eintrittskarte über haben, die neusten Fortschritte im Bereich Umwelttechnik, Gentechnik, Multimedia Medizin,........bestaunen können.

Um im Jahr 2000 nicht völlig erschlagen von der Vielfältigkeit der Exponate zu sein, wollen wir uns ab dem 18. Juli auf einer Wiese in/bei Hannover schon mal intensiver mit diesem Großereignis beschäftigen. Weil wir aber möchten das ganz ganz viele verschiedene FrauenLesbenMädchen auf's Camp kommen wollen wir mit dem Camp einen Rahmen schaffen, in dem zum Schwerpunkt EXPO die verschiedensten Auseinandersetzungen geführt, je nach Lust Aktionen geplant werden können und das im Schatten rumhängen macht zu vielt auch mehr Spaß.

Trotzdem wir hoffentlich Teile der Ausrüstung nutzen werden, sind wir keine Nachfolge der Widerstandscamps der letzten Jahre im Wendland und können als Vorbereitungsgruppe auch keine Nachbereitung dieser Camp's leisten. Wir wünschen uns auf dem diesjährigen Camp Auseinandesetzung dazu.

Das Camp wird rolligerecht sein. Wir werden nach unseren Möglichkeiten Respektbereiche schaffen. Es wird noch einen ausführlichen Aufruf geben, der in verschiedenen Sprachen erhältlich seien wird. Wir wollen das Camp mindestens zweisprachig (deutsch/englisch) gestallten und welche jetzt schon weiß, daß sie länger auf dem Camp sein will und dollmetschen kann, kann ja schon vorher bei der Kontaktadresse bescheid geben (erleichtert die Vorbereitung!!)

Einige von uns haben mittelprächtige Gebärdenkenntnisse und wir suchen noch ♀♀⚢, die das richtig gut können.

Außerdem möchten wir Kontakt zu ♀/⚢-gruppen/Einzel♀/⚢, die schon zu EXPO, SIEMENS, Gentechnologie, Umstrukturierung, Migration,..... arbeiten und lust haben was inhaltliches für's Camp vorzubereiten.

und auch wir brauchen geld, grad weil uns wichtig ist, daß ♀/⚢ auf's Camp kommen können, die wenig, garkeins haben ....



3. Anarchistisches Sommercamp in Berlin

Nach 1995 und '97 in Hamburg soll es auch 1998 wieder ein anarchistisches Sommercamp geben, und zwar diesmal in Berlin. Es wird von Freitag, dem 31. Juli bis zum Sonntag, dem 9. August 1998 stattfinden.

Auf den letzten zwei Camps versammelten sich jeweils ca. 300 AnarchistInnen jeden Alters, um sich auszutauschen und kennenzulernen.
Neben verschiedenen Arbeitsgruppen zu Themen wie Patriarchat, Widerstand und Perspektiven des Anarchismus gab es Filmvorführungen, haben sich Projekte vorgestellt, wurde geklettert, geschwommen und Volleyball gespielt. Kurz, es gab einen Rahmen, in dem Ideen ausgetauscht und gemeinsam entwickelt, Kontakte geknüpft und Ferien gemacht werden konnten.

Dem wollen wir Kontinuität geben; wozu wir seit dem letzten Camp als Gruppe zusammenarbeiten, um euch im Sommer'98 wieder einen Platz und eine gewisse Infrastruktur bieten zu können. Was darüber hinaus auf dem Camp passiert, liegt an uns allen.
Denn das Camp ist natürlich wieder selbstorganisiert, d.h. es wird nicht nur zusammen gekocht, geschrubbt und auf's Gemüse aufgepasst, sondern auch das Tanzen, Singen, Diskutieren, Klettern, Streiten, Spielen usw. kommt von euch oder gar nicht ...
Kulturelle Veranstaltungen wären auch toll, also wer mit einer Theatergruppe oder Band spielen will ... meldet euch!
Informiert uns nach Möglichkeit vorher über eure Pläne, damit wir diese eventuell im Vorfeld bekannt machen bzw. euch dabei unterstützen können.

Das Gelände, das uns zur Verfügung stehen wird, liegt am Stadtrand von Berlin im Wald, besitzt Sport- und Spielplätze und ist etwa einen Kilometer von einer Wildwasserbadestelle entfernt. Erholung und Urlaub werden so sicher nicht zu kurz kommen.

Die finanzielle Beteiligung sollte je nach Möglichkeit und Einkommen zwischen 90 und 140 DM liegen, das Essen ist darin schon enthalten.
Bitte meldet euch möglichst früh an, denn das erleichtert uns die Planung (Arbeit). Anmeldeschluß ist der 15. Juli'98 bzw. bei 300 Anmeldungen.

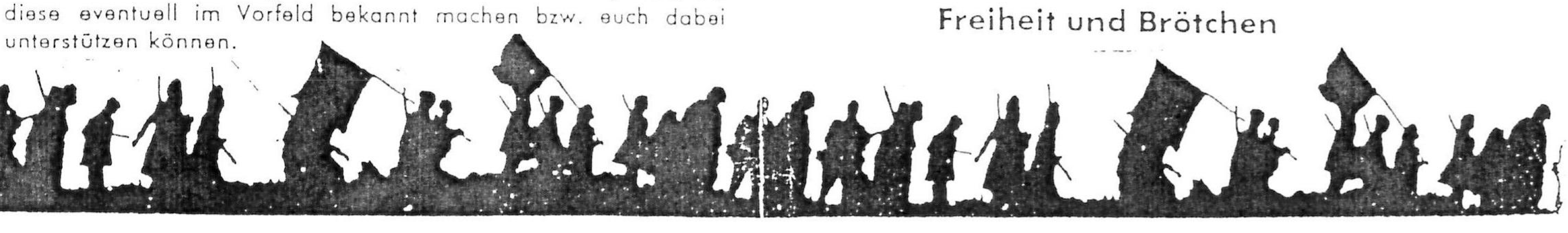
In Liebe, eure
sommercampvorbereitungsgruppe

Für Informationen, Anregungen und Anmeldungen:

Post: Jugendumweltladen,c/o Andreas, Jagowstr.12, 10555 Berlin
Fax: 030/ 40 533 639
Tel: 0177/ 27 249 03
Mail: acamp@jpberlin.de

Für die Anmeldung brauchen wir eine Kontaktadresse (Post oder Fax), die Anzahl der Personen und ggf. Informationen über die geplanten AG's etc. .

Freiheit und Brötchen



Expo angreifen!!!

Die Expo wird in den kommenden zwei Jahren zum wichtigsten Symbol des neoliberalen Globalkapitalismus - und weltweit zu bedeutendsten Selbstdarstellung deutscher Wirtschaftskraft in den nächsten Jahrzehnten. Die vorliegenden Planungen zeigen:

1. Großkonzerne und -techniken dominieren und lenken die Geschehnisse

- Siemens ist Exclusivsponsor des Deutschlandpavillons, nichts geht dort ohne den Atomkonzern.
- BMW macht bei der Expo nicht mit, weil nach ihrer Meinung Daimler-Benz die zentralen Entscheidungen beherrschaft.
  Unter anderem ist ein Mercedes-Manager als Stellvertreter von Expo-Chefin Breuel an die Expo "ausgeliehen".
- Im Themenpark werden Gentechnik, Fusionsreaktoren und der neue Atomreaktor EPR II vorgestellt.

2. Hannover und Umgebung werden durch die Expo schwer zerstört.

- Massiver Ausbau von Straßen
- Großer Flächenverbrauch.
- Belastung der Haushalte, Kürzungen zuungunsten sozialer und kultureller Ausgaben.

Die Umweltverbände, Grüne und viele andere zeigen keine klare Position gegen die Expo. Die meisten machen sogar mit! Es wird Zeit für klare Aktionen gegen die Expo. Direkte Aktionen (Besetzungen, Sabotage usw.) sind dort besonders wirksam, weil:

- die Expo ist ein besonderes Symbol von Kapitalismus, weltweite Konzernstrukturen und Herrschaft.
- die Expobaustelle ist groß, etliche Bauten werden gleichzeitig errichtet. .
- der Zeitplan der Expo ist begrenzt, Verzögerungen gefährden die Expo.
- Imageverluste führen zu Problemen, weil noch um die Teilnahme weiterer Staaten geworben wird.
- die Expozentrale und viele der politisch Verantwortlichen (G. Schröder, VW usw.) sind in der Nähe.
- das Thema ist in der Region Hannover in aller Munde.
- überall in der Bundesrepublik wären Soli-Aktionen möglich, weil es fast überall sog. "dezentrale Expo-Projekte" gibt.

Macht Euch Gedanken! Die Expo darf nicht so einfach durchgehen! Widerstand gegen das Symbol deutschen Wirtschaftsimperialismus!

Diskutiert diese und andere Ideen:

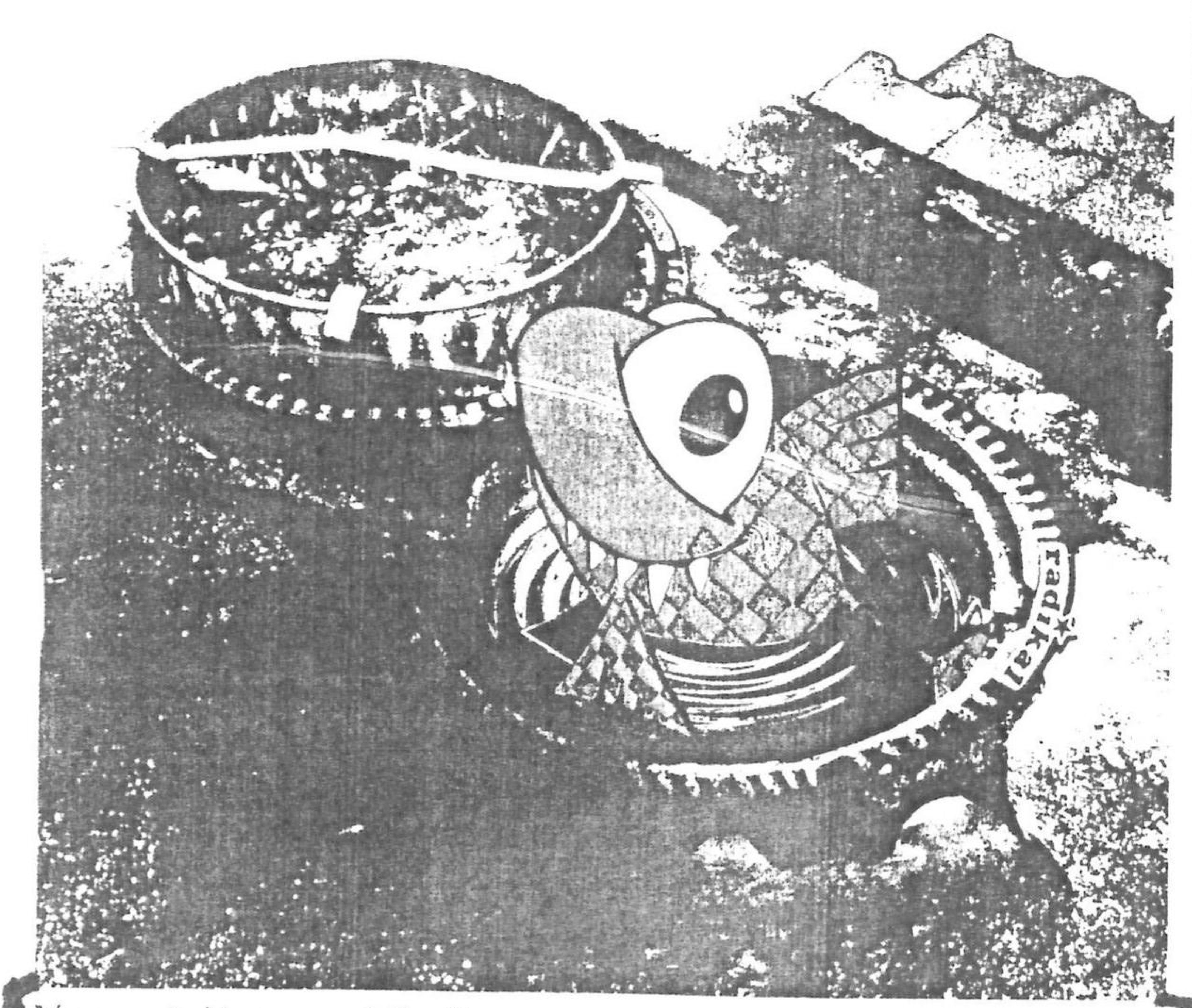
- Mobilisierung für eine Besetzung der Baustelle im Zentrum?
- Aktionstage am 2./3.10. auf dem Expo (nationale Einheitsfeiern, dieses Jahr Haupt"akt" in Hannover!!!)
- Flächenkonzept (dem CASTOR-Streckenkonzept abgeguckt): Aktionstage, wir teilen die Baustelle in Aktionsparzellen
- Demos, direkte Einzelaktionen, Flugblätter, Kongresse usw.

7 Grauen

radikal

Nr. 155
Mai '98

tote tragen keine karos!



Infoveranstaltungen zum 2. Versuch eines 68er Kongreßes in Berlin

Schwerpunktthemen:

* der SDS-Kongreß (5.-7.6.98) mit seinen „neurechten" Alt 68er Promies : *Horst Mahler* ehemals RAF heute „Junge Freiheit" Autor
  Tilmann Fichter nationaler Sozialdemokrat
  Rainer Langhans ehemals Kommune 1 - heute esoterischer TV-Clown
* Rückblick auf den Benno Ohnesorg Kongreß '97
* die Zeitschrift „Kalaschnikow" und ihr Macher *Stefan Pribnow* (und Autoren wie z.B. *Wiglaf Droste*)

anschließend Diskussion bezüglich Interventionsmöglichkeiten

Donnerstag 28.5.98 21.00 Uhr
EX Mehringhof, Gneisenaustr. 2a (U-Bhf. Mehringdamm)

(voraussichtlich)
Freitag 29.5.98 ~~15.00 Uhr~~ 12.00 Uhr
FU Rost/ Silberlaube Kiebitzweg / Habelschwerdter
(U-Bhf Thielplatz)

Veranstaltungsankündigung :

Im Rahmen der Volksuni 98 sollte eine Veranstaltung mit den AutorInnen des Buches „Die Autonomen - Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung" Thomas Schultze und Almut Gross stattfinden. Kurzfristig sind die Beiden verhindert. Die Veranstaltung wird jetzt mit der Berliner Gruppen „Die Unglücklichen" stattfinden.

Die letzten auf der Titanic
-Perspektiven der autonomen Bewegung-

Die Unglücklichen, Berliner Autonome, die in den letzten Monaten in der Interim für heftige Debatten über political correctness, Identitätsfeminismus und die Notwendigkeit einer nicht- bzw. schwachidentitären Politik gesorgt haben
Moderation: Peter Nowak, Journalist, Berlin

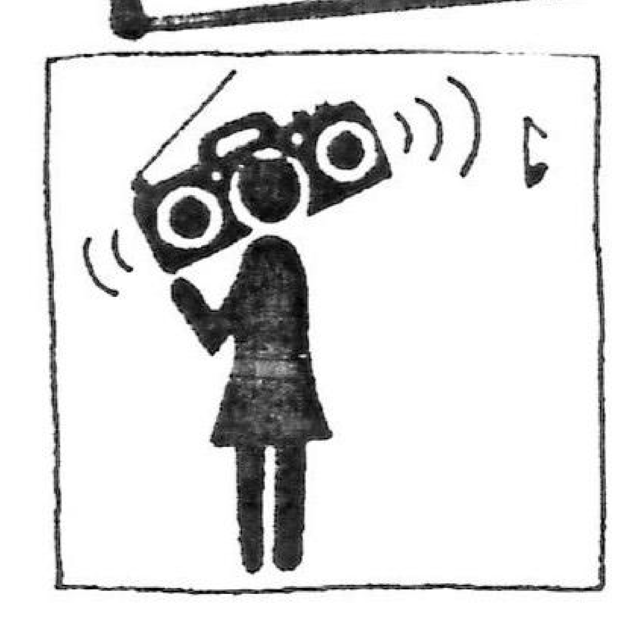
Autonome Gruppen bilden seit Ende der 70er Jahre einen Teil der radikalen Systemopposition. Gemessen an ihren Hochzeiten hat die Mobilisierungsfähigkeit der linken 'Schmuddelkinder' in den letzten Jahren allerdings nachgelassen. Hat die Krise der Neuen Sozialen Bewegungen auch die Autonomen eingeholt? Oder wird der Niedergang der Autonomen eher im Zusammenhang mit der Krise der systemoppositionellen Linken verständlich? Welchen Wandel erfährt die Bewegung und wo liegen ihre Perspektiven, wenn sie auch in Zukunft die 'Verhältnisse zum Tanzen' bringen will?
In Zeiten von Stagnation und Niedergang ist auch unter den Autonomen das Bedürfnis gewachsen, sich politisch zu verorten. In der letzten Zeit sind dazu mehrere theoretische Papiere erschienen. „Die Legende von Paul und Paula - autonomen Politikunfähigkeit" von der Gruppe „Die Unglücklichen" hat wohl mit am meisten Aufsehen in der Szene hervorgerufen. Wir haben einige der AutorInnen des Papiers für die Veranstaltung gewinnen können.
Samstag, der 30.5.98,
12 - 14 Uhr,
Raum 310
Hochschule der Künste, Hardenbergstraße 33,
Berlin

Literaturhinweise:
Die Unglücklichen, Die Legende von Paul und Paula - autonome Politikunfähigkeit, Interim-Sondernummer, 6.11.97
Thomas Schultze/Almut Gross, Die Autonomen, Ursprünge Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Konkret Literatur Verlag,
Geronimo, Glut und Asche, Unrast Verlag,
Autonomia Nachbereitungsgruppe: Autonomie Kongreß, Standpunkte-Provokationen-Thesen ...

SETZT DEN FASCHISTEN ENTSCHLOSSEN WIDERSTAND ENTGEGEN !!!

Alle AntifaschistInnen sind aufgerufen, am 30.05.98 um 12.00 Uhr zum Festplatz auf der "Goldenen Bremm" in Saarbrücken zu kommen, um den Aufmarsch von Republikanern, Front National und Vlaams Block zu verhindern !







Größenwahn

Veranstaltungsetage

Kinzigstr. 9 HH
10247 Berlin
U-Bhf. Samariterstraße (U5)
☎/ fax 294 921 20 oder
☎ 294 76 88 (Frauen/Lesben)

Donnerstag, 28.5.1998
Westafrika-Filmreihe:
20.00 Uhr:

Yaaba
(I. Ouedraogo, CH/F/Burkina Faso 1989, 90 Min.)
Der Film erzählt die Geschichte einer Freundschaft zwischen einem kleinen Jungen und einer alten Frau, die als Hexe von ihrem Dorf ausgeschlossen wurde (Eintrittsspende 4 mark)

☆

Samstag, 30.5.1998
15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen
17.00 Uhr: Filme

Schwarzfahrer
(Pepe Danquart, BRD 1992, 12 Min.)
Kurzfilm zum alltäglichen Rassismus

Curritiba
Dokumentation über eine fortschrittliche Lösung der Verkehrsprobleme einer brasilianischen Stadt

eine Veranstaltung des AK Nachhaltige Stadtentwicklung der Lokalen Agenda 21

Freitag, 5.6.1998
FrauenLesbenVideoKino „Out In Friedrichshain"
20.30 Uhr: Film

Ein Engel an meiner Tafel
Biographische Erzählung über das Leben einer neuseeländischen Schriftstellerin. Der Film thematisiert ihre Zwangseinweisung in die Psychatrie und ihr Leben nach dieser traumatischen Erfahrung.

Eintrittsspende 4 mark, wovon ein Teil an Frauen Lesben-Projekte gespendet wird

☆

Samstag, 6.6.1998
CAFÉ ☆ GRÖßENWAHN
immer samstags, Eintritt frei
15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen
17.00 Uhr: Film

Der Clou
(USA 1973, 129 Min)
Mit Robert Redford und Paul Newman.
Zwei Trickbetrüger, die mit Rafinesse und minutiöser Planung einen dummdreisten Gangsterboss der 30er Jahre mit einem Wettschwindel reinlegen.

Veranstaltungen im Bandito Rosso
Juni 1998

Öffnungszeiten:
Montag ab 20 Uhr: Atomic Café, Dienstag ab 20 Uhr: Unabhängige Jugendantifa,
Mittwoch ab 20 Uhr: Kulturabend, Donnerstag ab 20 Uhr: Infocafé,
Freitag ab 20 Uhr: wirtschaftlicher Zweckbetrieb,
Samstag ab 12 Uhr: Technofrühstück

Zweckbetrieb Bandito Rosso
Lottumstr. 10a, 10119 Berlin
U-Bhf. R.-Luxemburg-Platz, Senefelder Platz, Nachtbus 52

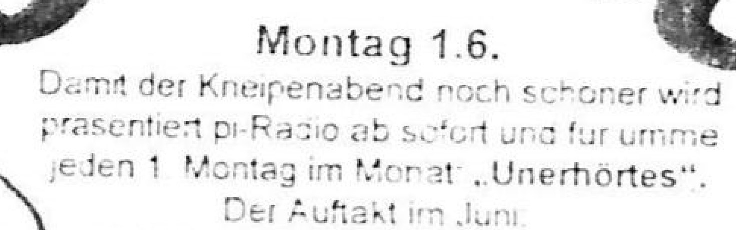
Mi 03.06.
Afrikanischer Abend
Der Kulturabend am Mittwoch wird eröffnet mit einem afrikanischen Film, eingerahmt durch afrikanisches Essen und Musik.

Fr 05.06.
Black Robe – Am Fluß der Irokesen *(Spielfilm, Kanada/Australien 1990)*
Kanada 1634 – Abenteuer eines Jesuitenpaters inmitten von verfeindeten Indianerstämmen, und im Anschluß: Schlechte Musik und abgestandene Getränke II

Mo 08.06.
Old School Film in der angstfreien Reihe
(auf kurzfristige Ankündigungen achten)

Mi 10.06.
Die Spur des Vaters,
(Dokumentarfilm, 1989, ca. 75 min)
Der Regisseur Christoph Boekel folgt den Kriegstagebüchern seines Vaters durch die Sowjetunion. Die Aufzeichnungen aus den Jahren des "Russlandfeldzugs" legen die Spur für ein tastendes, fragendes, forschendes Gespräch zwischen zwei Generationen. So notiert der Vater: *"Die bei dieser Aktion gefangenen Russen sind Mordbrenner und entsprechend zu behandeln. Gefangene sind nur zu machen, wenn sie wichtige Nachrichten zu geben versprechen."*
Der Sohn besucht Dörfer und Städte, spricht mit Opfern von gestern, erlebt, wie Mütter und Frauen noch heute nicht die Tränen zurückhalten können, wenn sie von den Grausamkeiten berichten, die sie miterlebt haben - ausgeführt von Männern wie dem Vater des Filmemachers.

programm. EX
juni



Montag 1.6.
Damit der Kneipenabend noch schöner wird präsentiert pi-Radio ab sofort und für umme jeden 1. Montag im Monat: „Unerhörtes".
Der Auftakt im Juni:
ab 21°° Joe Public, Blues Performer

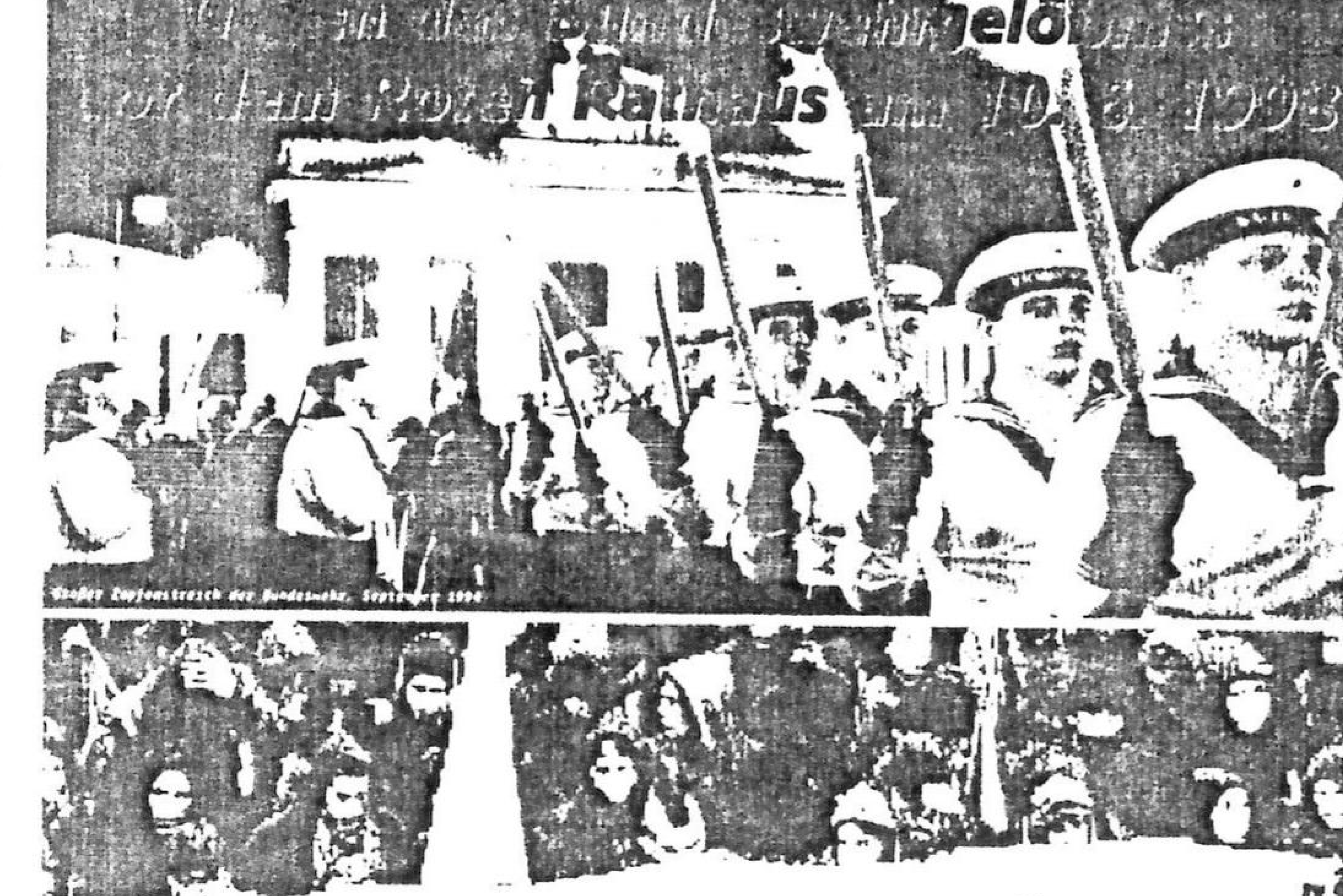
Samstag 6.6.
ab 15°° Gründungsfeier von Klondike-Jugendnetzwerkförderfonds mit Dr.Seltsam (Kabarett), The wild bunch (Bitte tu' mir den Gefallen und liebe mich nicht zu sehr - Briefe von Brecht), Gerd Normann („Radfahrer"), Mario Eckard („Enterprise"), Livemusik, Buffet

Sonntag 7.6.
ab 15°° SchwulLesbischer Tag

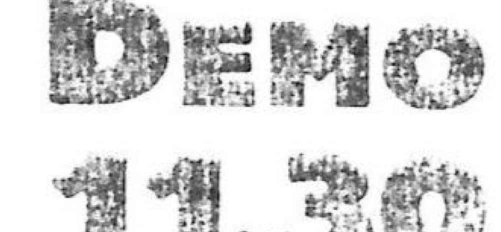
Samstag 13.6.
geschlossen







Gegen Bundeswehr und deutsche Großmachtpolitik!

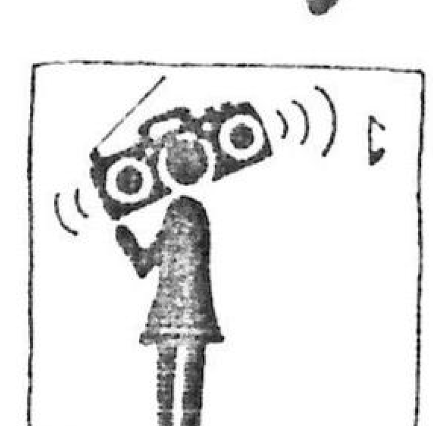


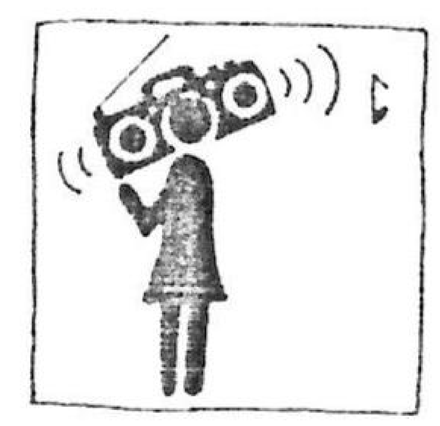
ANTI-GELÖBNIS-FEST
12.30
Marx-Engels-Forum

GELÖBNISBEGINN
15.00

VERANSTALTUNGEN
6.6. 11.00
Rotes Rathaus,
Öffentliches Spaß-Gelöbnis
8.6. 19.00 EX,
Proteste 1980 in Bremen gegen das Gelöbnis
9.6. 17.00
Rotes Rathaus,
Arbeitslosengelöbnis

UnterstützerInnen: AJF, AGiP, AIM, Anti Atom-Plenum, Antifaschistische Aktion Berlin, Anti Nato Gruppe, J.A.F., JungdemokratInnen/Junge Linke, Kampagne gegen Wehrpflicht, Linke Liste HU









Samstag, 30.5., 21h
Interstellare Tanzveranstaltung
Musik aus der ganzen Galaxis
im DRUGSTORE
Potsdamer Str.180, Schöneberg
Eintritt (wie immer) FREI!

+++ ACHTUNG! TERMINVERSCHIEBUNG +++

Nächstes

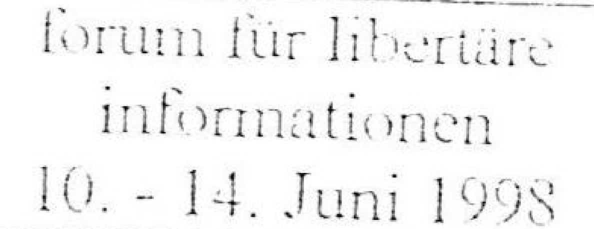
Treffen von un-unglücklichen dogmatischen, verbiesterten, lustfeindlichen Identitätsfeministinnen, entsexualisierten 70er Jahre Polit-Lesben, antisexistischen PC-TerroristInnen, MännerhasserInnen und andere Wesen

erst am

Fr., den 12.06. (und dann wieder vierzehntägig: 26.06., 10.07., ...)

im Papiertiger, Cuvrystraße 25, 10997 Berlin-Kreuzberg

jeweils ab 19.00 Uhr



forum für libertäre informationen

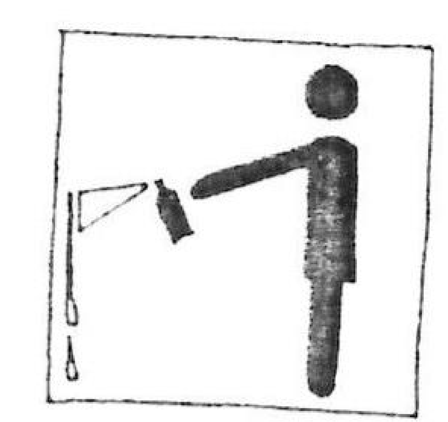
10. - 14. Juni 1998

diskutieren
informieren
amüsieren
!

Anmeldung und Infos:
1,10 DM Rückporto beilegen
fli - c/o Meeuw
Postfach 3643
26026 Oldenburg

Spenden: Postbank Hamburg
BLZ 250 100 22
Kto. 2 80 310 381 7





++Achtung!++Achtung!++Achtung!!++

Wir suchen Menschen, die am Wochenende

24. April bis 26. April (Weltfestspiele der HausbesetzerInnen)

sowie am

... Mai 1998

in Leipzig

durch Polizei verletzt worden sind bzw. Zeuge/Zeugin von Mißhandlungen anderer geworden sind.

Wir finden dies wichtig, um juristisch und anderweitig (z.B. im Landtag oder in den Medien) gegen solche Mißhandlungen vorgehen zu können.

Bitte meldet Euch beim

Kgb c/o infobüro
Peterssteinweg 13
04107 Leipzig

dienstags von 14-18 Uhr
Tel. (0341) 2 11 93 13 (auch Anrufbeantworter)



demo und konzert für ein neues CAFE CHAOS!!!

am 26.5. um 17:00

am Rathaus Zehlendorf

(S-Zehlendorf)

Tod und Mordschlag

und

... Warning

Konzert ...

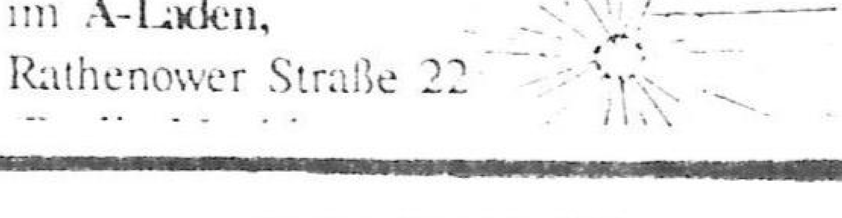
VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

VORTRAG UND DISKUSSION
mit CLAUDE CAZARE

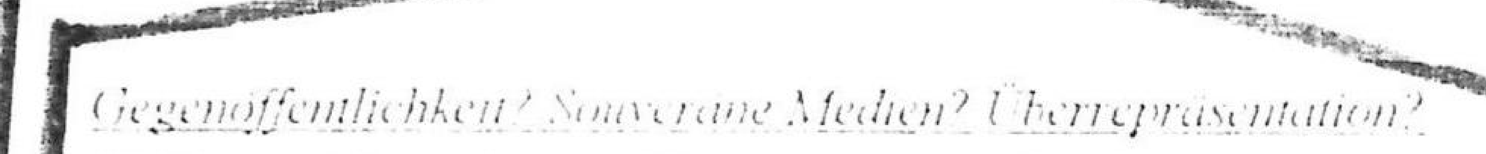
Arbeitslosenproteste in Deutschland und Frankreich im Vergleich

warum organisieren sich Arbeitslose in Frankreich, während eine Organisation des Protestes in Deutschland ausbleibt?

am Montag,
dem 8.Juni 1998
um 19.00 Uhr
im A-Laden,
Rathenower Straße 22







Gegenöffentlichkeit? Souveräne Medien? Überrepräsentation?

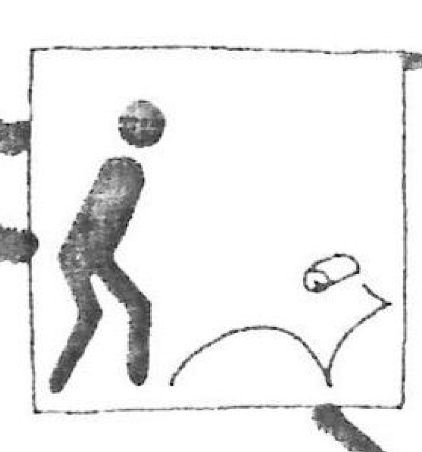
Mediale Raumfahrt

Diskussion linker MedienarbeiterInnen zu Sprache, Politik, Repräsentation

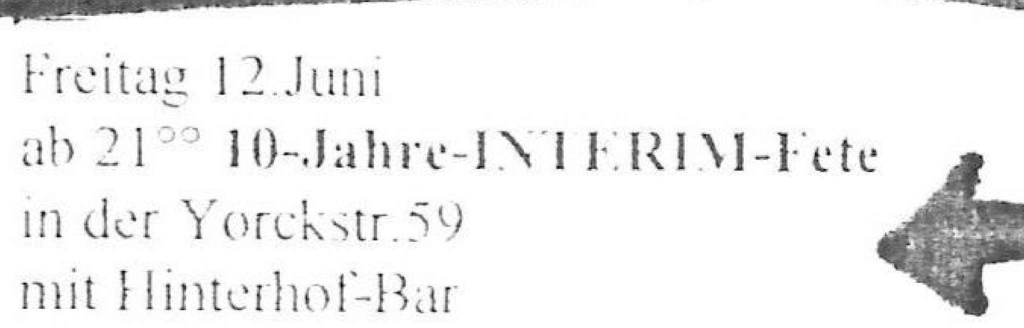
Volksuni, Berlin, HdK, Hardenbergstr. 33, Sonntag, 31.5.98 (Achtung! Termin geändert!), 17 Uhr

zugesagt: alaska, A.N.Y.P., Arranca, vierte hilfe, A-clip
angefragt: ak, Die Beute, BLAU, ZAG, ak kraak, Frauen/Lesben-Filmcollectif, 17 Grad, Antifaschistisches Info, Interim, Bahamas, Argument, Jungle World, Karoshi, ZAG u.a.

zur Struktur:
Thesen zu einer ganzen Reihe von Fragen formulieren, die die Arbeit an Text, Ton und Bild betreffen
eher auf Differenzen als auf Konsens anspielen
kein Podium einrichten, sondern offener Abgleich von unterschiedlichen Positionen und Konzepten
potentiell kein grosser Bruch zwischen „Vortrag" und „Diskussion"



Freitag 12.Juni
ab 21°° **10-Jahre-INTERIM-Fete**
in der Yorckstr.59
mit Hinterhof-Bar
21.30°° Infos zum Abschluß des Ermittlungsverfahren gegen die INTERIM
Soli für INTERIM & EA




unser team für die WM
unterstützt die EZLN
Mit jedem verkauften Plakat wird der Befreiungskampf der EZLN mit einer Spende von 1,– DM unterstützt.
Plakate können für einen Stückpreis von 4,– DM (ab 10 Stück 3,– DM) bestellt werden bei:
• AQuadrat c/o Infoladen, Mörikestraße 69, 70199 Stuttgart
• FelS c/o Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
• Antifa Jugendfront, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
FelS
★ ANTIFA ★
JUGENDFRONT